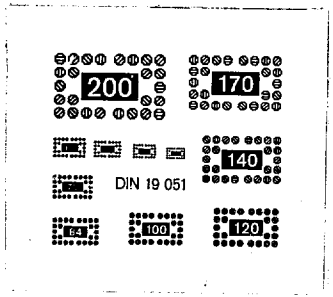

Die wirtschaftspolitische Konzeption der SPD

Dr. Heinrich Deist, MdB

Referat, gehalten auf der Arbeitstagung der Jungsozialisten Bezirk Westliches Westfalen am 19. Januar 1963 in Dortmund

Archiv der sozialen Demokratie ★ Bibliothek ★ Bonn

A 88-1891

Liebe Freunde!

Die Sozialdemokratische Partei ist eine Partei mit einer großen Geschichte und einer großen Tradition. Wir feiern in diesem Jahre das 100-jährige Bestehen der Sozialdemokratischen Partei. Das erste große grundsätzliche Programm, das sich die Partei im Jahre 1891 in Erfurt gegeben hat, liegt etwa 70 Jahre zurück. Wer etwas von der Geschichte der Sozialdemokratie kennt, der weiß, daß die sozialdemokratischen Vorstellungen über das politische und gesellschaftliche Geschehen immer irgendwie aus einem Guß waren, d.h. sozialdemokratische Vorstellungen, auch über Wirtschaftspolitik, über Kulturpolitik, über Sozialpolitik, über die politische Gestaltung des Staates, waren immer Bestandteil einer in sich geschlossenen gesellschaftspolitischen Vorstellung.

I. Das gesellschaftspolitische Konzept

Wir denken immer noch mit ein wenig Neid an die geschlossene gesamtpolitische Vorstellung, die das Erfurter Programm des Jahres 1891 kennzeichnet. Und es scheint mir unsere Aufgabe zu sein, sich darüber klar zu werden, daß auch das Godesberger Programm, die programmatische Grundlage, die die Sozialdemokratie sich jetzt in der Mitte des 20. Jahrhunderts gegeben hat, eine geschlossene gesellschaftspolitische Vorstellung zum Inhalt hat, in die sich das, was wir an wirtschaftspolitischen Vorstellungen haben, nahtlos eingliedert.

Es ist nur natürlich, daß sich in einem Zeitraum von rund 100 Jahren, in dem so einiges geschehen ist, auch die Vorstellungen über die Gestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens geändert haben. Das ist eine Tatsache, vor die sich die Sozialdemokratie in ihrer langen Geschichte immer wieder gestellt sah. Wer einmal das Referat von August Bebel zu dem Erfurter Programm liest, spürt, wie stark man sich auch damals bemühte, veränderten Verhältnissen und veränderten Erkenntnissen der gesellschaftlichen Wirklichkeit Rechnung zu tragen. Wer die Protokolle unserer späteren großen Parteitage liest, auf denen neue Programme beschlossen wurden, wie der Görlitzer Parteitag 1921 und der Heidelberger Parteitag 1925, und nun auch der Godesberger Parteitag, muß immer wieder das Bemühen feststellen, die eigene Tradition und die eigene Geschichte im Einklang zu halten mit den ständigen Veränderungen, die die Welt nun einmal erfährt. Mir scheint, daß, wer über die wirtschaftspolitische Konzeption der Sozialdemokratie von heute sprechen will, sich zunächst einmal die großen Änderungen im Verlaufe des letzten Jahrhunderts vergegenwärtigen muß.

1. Die Zeit des Erfurter Programms.

Das Erfurter Programm von 1891 ging aus von der Ausbeutung der Arbeiter, von der Verelendung der Proletarier; davon, daß die Arbeiter vom Staate, vom politischen Leben ausgeschlossen waren und gesellschaftlich nichts galten. Wer sich nur "Die Weber" von Gerhard Hauptmann einmal angesehen hat oder wer Engels "Die Lage der arbeitenden Klassen in England" gelesen hat, der weiß, was Ausbeutung damals bedeutete. Wer die Diskussionen auf dem internationalen Arbeiterkongreß in Paris im Jahre 1889 durchliest, der weiß, wie die Arbeitszeitverhältnisse damals waren, wer ein klein wenig in der Geschichte des

Sozialistengesetzes gelesen hat, unter dessen Herrschaft jede Arbeiterveranstaltung mit Polizei- und Militärgewalt verhindert wurden, der versteht durchaus, daß die Ablehnung jener Wirtschaftsordnung, jener gesellschaftlichen Ordnung, jener staatlichen Ordnung, von der die Arbeitnehmer ausgeschlossen waren, eine selbstverständliche Konsequenz war.

Das 19. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Wissenschaftsgläubigkeit. Man war überzeugt, daß der Mensch alles und jedes wissenschaftlich erforschen und auf bestimmte Gesetze zurückführen könne. Auch in der Wirtschaft mußten danach Gesetze gelten, die automatisch den Wirtschaftsablauf bestimmen. Diese Überzeugung beherrschte nicht nur die Sozialisten, sondern zuerst und vor allem auch die Liberalen. Denken wir an die Geschichtsauffassung von Hegel, daß der Geist der Geschichte, der Weltgeist, sich über These, Anti-These zur Synthese entwickelt; und an die Vorstellung des Liberalismus, daß der freie Wettbewerb, das freie Spiel der Kräfte, automatisch zu einem Ausgleich der Interessen und zur allgemeinen Harmonie führen werde. Man muß sich in diese geistige Lage des 19. Jahrhunderts hineinversetzen, um zu verstehen, was die wissenschaftliche Arbeit der Sozialisten in diesem Jahrhundert bedeutet hat.

Aus dieser geistigen Haltung des 19. Jahrhunderts wuchs die Vorstellung, daß die feudalistische Periode abgelöst wurde durch die Herrschaft der Bourgeoisie - These und Antithese! - und daß gewissermaßen als Synthese die Arbeiterklasse die Bourgeoisie überwinde. So ließen sich die geschichtlichen Perioden als These, Antithese und Synthese gegeneinander abgrenzen: Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus. Hinzu kam die Erkenntnis, daß die Ausbeutung auf der Machtstellung derjenigen beruhte, die über die Produktionsmittel verfügten. So lag der Gedanke gar nicht so fern, daß man durch einen Griff in die Geschichte die Grundlagen verändern und die gewünschte - im übrigen in der Geschichte bereits vorbestimmte - Entwicklung mit automatischer Sicherheit herbeiführen könne. Daher auch jene Formulierung im Erfurter Programm, die davon sprach, daß die Überführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum zwangsläufig zu verbesserter Wohlfahrt und allgemeiner Harmonie führen würde. Wer diese Formulierungen im Erfurter Programm kritisch überprüft, merkt sofort die Übereinstimmung seiner Grundvorstellungen mit der geistigen Haltung des 19. Jahrhunderts. Und daraus ergab sich dann zwangsläufig die lapidare Feststellung des Erfurter Programms, daß die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische Gesellschaft mit wissenschaftlich gesicherter Gesetzmäßigkeit erfolgen werde. Als Schlußvision erschien die klassenlose Gesellschaft, während der Staat abstirbt.

Das war die Vorstellung der Sozialisten des 19. Jahrhunderts, die voll und ganz der geistigen Grundhaltung dieser Zeit entsprach.

Niemand sollte verkennen, welch große Bedeutung dieses Erfurter Programm mit seiner geschlossenen, geradezu faszinierenden Vorstellung von einem unaufhaltsamen, gesetzmäßig ablaufenden geschichtlichen Prozeß für die Entwicklung der Arbeiterbewegung gehabt hat.

2. Die Gesellschaft von Heute

Überspringen wir einmal die Geschichte der letzten 100 Jahre und konfrontieren wir die Kernpunkte sozialistischer Vorstellungen des 19. Jahrhunderts mit den Tatbeständen von heute.

Betrachten wir zunächst einmal die Ausbeutung und Verelendung der Arbeiter. Wir brauchen nur gegenüberzustellen: damals 14 - 16 Stunden Arbeitszeit, heute stehen wir kurz vor der 5-Tage-Woche mit 8 Stunden je Tag. Wir brauchen nur die Ausbeutung der Arbeiter, wie sie z.B. in den "Webern" geschildert wird, mit der Lohn- und Gehaltsregelung von heute, mit dem ganzen System der sozialen Sicherung bis hin zu den Bemühungen um eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Vermögensbildung zu vergleichen. Dann wird ganz deutlich: die soziale Position der Arbeitnehmerschaft hat sich grundlegend geändert. Der Proletarier, der nichts zu verlieren hat als seine Ketten, gehört in den entwickelten Industriestaaten Europas der Vergangenheit an. Wir sollten uns stolz zu dieser Entwicklung bekennen; denn sie ist das Ergebnis der Tätigkeit der organisierten Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften und in ihren politischen Parteien. Die organisierte Arbeiterschaft hat sich geschichtlichen Entwicklungstendenzen, die zunächst als unausweichlich angesehen wurden, entgegengestemmt; sie hat die Entwicklung in ihrem Sinne beeinflußt; sie hat gezeigt, daß der Mensch sein eigenes politisches Schicksal gestalten kann. Das ist also unsere erste Feststellung: die soziale Position der Arbeitnehmer von heute unterscheidet sich ganz wesentlich von der Lage des Lohnarbeiters am Beginn der Arbeiterbewegung. Dann ein zweites: Die Klasse der Kapitalisten und der Eigentümer. Man kann darüber streiten, ob man heute noch nach bestimmten Kriterien theoretisch von Klassenunterschieden sprechen kann. Für wissenschaftliche Untersuchungen mögen solche begrifflichen Abgrenzungen nützlich sein. Für das gesellschaftliche und politische Leben von heute aber ist ein ganz anderer Tatbestand viel wichtiger. Das ist die außerordentlich vielfältige Schichtung unserer heutigen Gesellschaft, der durch eine Einzwängung in zwei, drei große Klassen nur Gewalt angetan wird. Kapitalbesitzer gibt es auch heute noch. Aber die "Großkapitalisten", d.h. die großen Einzelunternehmer, wie wir sie z.B. auch heute noch in Personen wie Krupp, Flick usw. vor uns sehen, Einzelunternehmer, die persönlich Großunternehmen besitzen, sind nicht mehr typisch für die Wirtschaft von heute. Auch ihre Unternehmen sind bereits "moderner" organisiert, werden z.B. Aktiengesellschaften, GmbH's usw. zwischen den Besitzer und die Betriebe geschaltet. Typisch für die heutige Wirtschaft sind die Großunternehmungen, die in Form von Aktiengesellschaften betrieben werden. Und bei ihnen ist der formale Besitz, das "Eigentum", getrennt von denen, die die wirkliche Verfügungsgewalt in den Unternehmungen haben und in ihnen bestimmen.

Schon in dieser Großwirtschaft gibt es divergierende Interessen - z.B. zwischen der Grundstoffwirtschaft, der Verarbeitung und dem Bankwesen - so daß von einer geschlossenen Schicht mit einheitlicher Interessenlage nicht gesprochen werden kann. Wenn wir dann die große Schar der Selbständigen hinzunehmen, bis hin zu den kleineren und mittleren Unternehmern; wenn wir an die Differenzierung innerhalb der Bauernschaft denken, dann müssen wir uns eingestehen, daß auch auf der Seite der Besitzer der Produktionsmittel diese differenzierte Schichtung ein wichtiges Element unserer gesellschaftlichen Struktur ist.

Auf der anderen Seite wissen wir, welche Interessenunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten bestehen. Wir wissen, wie verschieden die Interessenlage zwischen den leitenden Angestellten oder mittleren Angestellten und den Randschichten der Büroangestellten in der Industrie und der Verkäuferinnen ist. Wir sehen die stetig fortschreitende Differenzierung in der Arbeiterschaft vom ungelernten über den angelernten zum Facharbeiter - ein Prozeß, der durch die fortschreitende Automation noch beschleunigt wird. Das ist nicht etwa blasse Theorie, sondern harte, unübersehbare Realität. Wer weiß, welche Bedeutung im letzten Metallarbeiterstreik in Bayern die unterschiedliche Interessenlage zwischen Angestellten und Arbeitern gespielt hat, kann nicht daran vorübergehen, daß es hier um eines der wichtigsten Elemente unserer gesellschaftlichen Ordnung geht. Auch im Bereich der Arbeitnehmerschaft ist diese Differenzierung in viele Schichten mit verschiedenen Interessen ein aktuelles Problem. Und man braucht nur von Vance Packard - Die geheimen Verführer! Die unsichtbaren Schranken! - zu lesen, um zu begreifen, daß das Bewußtsein des Menschen sehr stark von dem Blick auf "die da oben", also von denen, "die über ihnen sind" bestimmt wird. Dann wird deutlich, welche Veränderung durch diese höchst differenzierte Schichtung der Gesellschaft und das psychologische Verhalten der Schichten und Gruppen zueinander herbeigeführt wurde gegenüber der klaren, aber auch recht einfachen Vorstellung von der Gliederung der Gesellschaft in zwei oder drei große Klassen.

Dieser gesellschaftliche Prozeß hat auch die Eigentumsverfassung nicht unberührt gelassen. Sicherlich spielt Privateigentum in der Wirtschaft heute eine Rolle. Aber das entscheidende Problem ist ein ganz anderes. Es ist das Problem der Macht in der modernen Großwirtschaft. In einzelnen Bereichen mag die Machtausübung noch unmittelbar mit dem Eigentum an Produktionsmitteln zusammenhängen; aber in viel stärkerem Maße wird sie durch die Struktur und die Organisation der modernen Großwirtschaft bestimmt. Die Machtstellung von Managern eines großen Konzerns beruht viel weniger darauf, daß sie eine wirkliche Legitimation durch die Eigentümer haben, sondern auf der Tatsache,daß hier ein Riesen-unternehmen von oben bis unten so durchorganisiert ist, daß zwangsläufig einige wenige an der Spitze das entscheidende Wort zu sprechen haben. Damit stellt sich auch das Problem der Macht heute ganz anders dar, als vor 100 Jahren, als sie unmittelbar mit dem Besitz an den Produktionsmitteln zusammenhing.

Dieser Trend zur Großorganisation und einer darauf gegründeten vielfältigen Machtstruktur ist nicht auf die Wirtschaft beschränkt, er hat unser ganzes gesellschaftliches Leben erfaßt. Wir brauchen nur an die Entwicklung des modernen Staates zu denken: er ist ein Moloch geworden verglichen mit den Staaten des vorigen Jahrhunderts. Und schon sind wir auf dem Wege zu übernationalen, staatlich organisierten Gruppen wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Denken wir an die Bedeutung der großen Gruppen und Verbände in Wirtschaft und Gesellschaft. In der Wirtschaft sind es die großen Arbeitnehmer-, Unternehmer- und Arbeitgeberverbände; ihre Wirksamkeit beschränkt sich aber keineswegs auf die Wirtschaft, sie geht weit hinein in das gesellschaftliche und politische Leben.

Aber darüber hinaus ist es eine allgemeine Erscheinung, daß - abgesehen vom privaten Leben - der Mensch sich als Individuum, als Einzelner kaum noch entfalten kann.Er braucht dazu die Zusammenarbeit mit anderen. So wird fast alles, was der Mensch

im sog. öffentlichen Leben anstrebt, organisiert. Überall spielt die Organisation, der Funktionär und die Macht, die sich an der Spitze einer solchen Organisation zusammenballt, eine entscheidende Rolle. Das geht bis hinein in unseren modernen Kulturbetrieb und in die Sporttätigkeit mit ihren großen Sportorganisationen und ihren Sportmanagern. D.h. diese Durchorganisation des gesamten gesellschaftlichen Lebens mit seinem Managertum, diese auf Großorganisation gegründete Macht ist das entscheidende gesellschaftliche Problem, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben.

Hinzu kommt ein dritter Tatbestand, der bis heute keineswegs genügend erkannt ist: die <u>öffentliche Meinung ist manipulierbar</u> geworden. Wir verfügen heute über moderne Massenmedien wie die große Presse, den Rundfunk, das Fernsehen. Sie haben Macht über die Menschen. Wer über diese Schalthebel der Macht verfügt, kann ungeheuer segensreich wirken, indem er alles tut, um die eigene Meinungsbildung der Menschen anzuregen und zu fördern. Er kann aber auch diese Meinung nach seinem eigenen Bilde formen, beeinflussen und fehlleiten. Das ist auch ein entscheidendes neues Element unserer modernen Gesellschaft, dem man mit den Vorstellungen, die wir noch vor 100 Jahren hatten, einfach nicht beikommen kann. Daraus haben wir eine Erkenntnis gewonnen: daß man in dieser modernen Gesellschaft durch einheitliches Kommando des Staates keine moderne, freie, demokratische Gesellschaft sichern kann, daß vielmehr bei allzu viel Staatseinfluß die Gefahr des Mißbrauchs der Staatsmacht und der Beseitigung der Demokratie allzu groß ist. Das haben uns die Verhältnisse im Osten ebenso wie unsere Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus bestätigt. Und die zweite Erfahrung ist: es gibt kein Generalrezept, mit dem man die Probleme einer so komplizierten Gesellschaft lösen könnte; diese moderne Gesellschaft ist ein so vielschichtiges Gewebe von Freiheit und Macht, daß wir ihr auch mit angemessenen, adäquaten Mitteln begegnen müssen, die dieser Vielschichtigkeit gerecht werden.

Und schließlich eine vierte Feststellung: <u>der Glaube an den Automatismus</u> - der Glaube, daß sich die geschichtliche Entwicklung zwangsläufig nach bestimmten feststehenden und erkennbaren Gesetzen vollziehe - hat die Arbeiterbewegung zu Beginn, d.h. in einer Zeit, in der keine praktischen Ansatzpunkte zu sehen waren, stark beflügelt. Später drohte sie zu einer Lähmung der politischen Aktivität zu führen. Deshalb haben auch aktive Kräfte der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt, insbesondere die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien, sich niemals an diesen Glaubenssatz gehalten, sondern ihre Aufgabe darin gesehen, die gesellschaftlichen Tatbestände durch die Mobilisierung des menschlichen Willens, durch Taten, durch den Einsatz der Organisation zu ändern. Dafür steht uns in der Welt von heute eine ganz andere Aktionsgrundlage als vor 100 Jahren zur Verfügung: der demokratische Staat.

3. <u>Die Arbeiterschaft in der Gesellschaft von Heute</u>

Betrachten wir einmal die Situation der Arbeiterschaft im modernen demokratischen Staat von heute. Die Arbeiterbewegung ist in entscheidende politische Machtpositionen eingerückt. Bei uns in Deutschland noch nicht im Bund; aber zu diesen öffentlichen Machtpositionen gehören ja auch die Positionen in den Gemeinden, Gemeindeverbänden und in den Ländern. In anderen Staaten, z.B.

in den nordischen Staaten, halten Sozialdemokraten seit langem die obersten Kommandostellen des Staates besetzt. Das ganze politische Leben gibt uns einen Eindruck davon, wie die Arbeiterschaft in dieses politische Leben hineinwächst, nicht nur in den Staat, sondern in die freien politischen Organisationen, in die Parteien. So hat der "Kölner Stadtanzeiger" vor einiger Zeit einmal die Auffassung vertreten, in der Bundesrepublik gebe es nur noch eine Klassenpartei, die FDP, die sich auf die mittleren Unternehmer usw. stütze, während die CDU und die SPD keine Klassenparteien mehr seien, sondern ein Spiegelbild aller Schichten des Volkes. Hinzu kommt, daß die Arbeiterbewegung, sehen wir sie wie sie ist, über verschiedene Parteien in das politische Leben hineinwirkt; denn wir können ja nicht leugnen, daß die CDU auch von einem Teil der Arbeiter getragen wird. Daß wir versuchen, das zu ändern, ist eine Sache für sich. Aber ebenso wahr ist, daß dieser Prozeß des Hineinwachsens in das politische Leben auf breitester Front vor sich geht.

Und in der Wirtschaft? Die Tarifautonomie ist ein unübersehbares Zeichen, daß die Organisationen der Arbeitnehmer nicht nur im freien wirtschaftlichen und sozialen Leben eine Rolle spielen, sondern im Arbeitsleben einen durch Gesetz und Verfassung bestätigten öffentlichen Auftrag erfüllen. Die Tarifautonomie ist eine verfassungsmäßige Ordnung des Arbeitslebens, die nach bestimmten Prinzipien von den beiden großen Faktoren der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gewissermaßen als Selbstverwaltungskörperschaft gehandhabt wird. Sie setzen damit öffentliches Recht. Was sie vereinbaren, ist nicht nur für ihre Mitglieder, sondern für den gesamten Gewerbezweig rechtsgültig. Sie sind gewissermaßen für einen Teilbereich des gesellschaftlichen Lebens ein Stück Selbstverwaltungsgesetzgeber geworden, ebenso wie die Gemeinden und Gemeindeverbände für ihren Bereich durch Satzungen Ordnung und Recht schaffen.

Die Mitwirkung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft über das Mitbestimmungsgesetz und über das Betriebsverfassungsgesetz zeigt, daß auch hier ein Prozeß vor sich geht, nicht diese Gesellschaft und Wirtschaft zu beseitigen, sondern in sie hineinzuwachsen und in ihr zu wirken. Am wenigsten ausgeprägt ist dieser Prozeß des Hineinwachsens im geistig-kulturellen Leben; insbesondere unser Bildungswesen ist noch so traditionell verfestigt, daß von hier aus Schranken für den gesellschaftlichen Aufstieg und den Rang der verschiedenen Gruppen gegeben sind. Insgesamt stehen wir mitten in einem Prozeß, in dem der Arbeiter über die verschiedensten Kanäle in den demokratischen Staat, in sein politisches, sein wirtschaftliches und sein gesellschaftliches Leben hineinwächst.

Das ist nicht eine Frage, die wir noch zu entscheiden hätten. Hier geht es um entschiedene Dinge, um geschichtliche Tatsachen. Aber darüber hinaus hat uns die Weimarer Republik gelehrt, daß wir diese Integration in den Staat auch wollen und dafür kämpfen müssen. Die Weimarer Demokratie ist zugrunde gegangen, weil dieser Prozeß des Hineinwachsens der Demokraten in die Gesellschaft nicht bewußt, ja sogar widerwillig vollzogen wurde. Die Weimarer Republik ist letzten Endes daran gescheitert, daß sie eine Demokratie ohne Demokraten war. Der Staat war demokratisch organisiert. Aber das politische, wirtschaftliche und geistige Leben der Nation zeigte nur wenige demokratische Spuren. Das ist auch eine Lehre der Vergangenheit: Die Arbeitnehmerschaft und alle anderen fortschrittlichen Kräfte dürfen sich nicht selbst theo-

retisch zu Gegnern dieser Gesellschaft aufmöbeln; im Gegensatz zu der Tatsache, daß sie sich mitten in diesem Prozeß des Hineinwachsens befinden. Es ist die geschichtliche Aufgabe aller, die auf der Linken in Deutschland stehen, in dieser demokratischen und sozialen Ordnung, in diesem unserem Staat, in dieser unserer Wirtschaft, in diesem sozialen und gesellschaftlichen Leben, aus dem wir uns gar nicht wegdenken können, das zu verwirklichen, was wir als freiheitliche Grundordnung, eine zutiefst freiheitliche, soziale und gerechte Ordnung verstehen.

4. Ein Prozeß ständiger Fortentwicklung

Dieses Bild einer gesellschaftlichen Ordnung und ihres Werdens ist nun nicht etwa plötzlich in Godesberg oder in den zwei Jahren vorher entdeckt worden, sondern im Gleichklang mit dem geschichtlichen Prozeß vollzog sich in der SPD die ständige Auseinandersetzung mit den neuen Tatsachen und mit den fortschreitenden Erkenntnissen der Wissenschaft. Diese Auseinandersetzung begann unmittelbar nach der Beschlußfassung über das Erfurter Programm. Eduard Bernstein war der erste, der in seiner Arbeit über die "Grundlagen des Sozialismus" bereits im Jahre 1899 schrieb, daß diese Theorie von der Anhäufung des Eigentums an Produktionsmitteln in der Hand weniger Kapitalisten ebenso wenig stimme wie die Annahme einer zwangsläufigen Entwicklung. Dieser Prozeß der Auseinandersetzung ist ständig fortgeschritten. Karl Renner hat das Ergebnis seiner Untersuchungen z.B. unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg in seiner bekannten Schrift "Marxismus, Krieg und Internationale" sowie in seiner ausgezeichneten Abhandlung "Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung" niedergelegt. Dazu gibt es noch viele andere, die an diesen Überlegungen gearbeitet haben, bis hin zu Professor Eduard Heimann und anderen sozialistischen Wissenschaftlern. Diese Entwicklung wurde leider jäh unterbrochen, als auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Jahre 1929/30 die Ausschaltung jeder ernsthaften Auseinandersetzung mit diesen Problemen in den Jahren 1933 bis 1945 folgte.

Aber es ist nicht ganz uninteressant, daß diese Gedankengänge sofort nach Kriegsende aufgenommen wurden und z.B. in dem Dortmunder Aktionsprogramm vom Jahre 1952, das dann im Jahre 1954 etwas ergänzt wurde, ihren deutlichen Niederschlag gefunden haben. Lassen Sie mich hierzu ein paar Worte aus dem Aktionsprogramm zitieren. Da finden wir zunächst einmal eine sehr aufschlußreiche Feststellung. Ich zitiere:

> "Im vorigen Jahrhundert haben Marx und Engels wissenschaftliche Grundlagen für den Sozialismus geschaffen. Seit dieser Zeit haben sich die Bedingungen für den kämpfenden Sozialismus tiefgehend gewandelt."

Und weiter:

> "Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war stets bemüht ihre Politik an der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der geistigen Entwicklung zu überprüfen. Sie ist sich bewußt, daß sie ihre Ziele unter den gewandelten Bedingungen der Gegenwart verwirklichen muß."

Und dann heißt es auf derselben Seite:

> "... Alle gesellschaftlichen Einrichtungen haben die Tendenz ein Eigenleben zu entwickeln und bürokratisch zu erstarren.

Es gilt die Menschen zu befähigen, diese Gefahren zu erkennen und abzuwehren. Der Sozialismus wird also stets Aufgabe bleiben."

Das ist also die Absage an jene überholte Vorstellung, daß es irgendeine sozialistische Endvorstellung gibt, und die Erkenntnis, daß der Prozeß stetig vorwärts geht, daß sich immer neue Gefahren und Schwierigkeiten ergeben, und daß es eine ständige Aufgabe des Sozialismus ist, in dieser sich wandelnden Gesellschaft soviel Freiheit und Gerechtigkeit als nur irgend möglich zu verwirklichen. Wer dieses Aktionsprogramm einmal eingehend studiert, wird feststellen, daß in ihm bereits alle Elemente enthalten sind, die dann in dem Grundsatzprogramm von Godesberg als in sich geschlossene Gesamtvorstellung erscheinen.

5. Die gesellschaftlichen Grundlagen des Godesberger Programms.

Für das Godesberger Programm sind vier Dinge charakteristisch.

Die Grundwerte des Sozialismus

Wer einmal das Godesberger Programm mit unseren früheren Programmen vergleicht, dem fällt auf, daß alle früheren Programme mit einer Darlegung über die gesellschaftliche Lage und die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen begannen. Dabei standen ökonomische Betrachtungen im Vordergrund. Das Godesberger Programm beginnt mit den Grundwerten des Sozialismus. Das ist nicht etwa nur darauf zurückzuführen, daß es heute schwer ist, eine eindeutige Analyse der Gesellschaft von heute zu geben, sondern darin liegt auch eine deutliche Absage an den Automatismusgedanken und die Besinnung darauf, daß der Mensch sein Schicksal gestalten muß. Darum ist das an den Anfang gestellt, was im Grunde genommen immer die Triebkraft aller sozialistischen Bewegungen war, nämlich die Grundwerte, die ethischen Werte - Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - verlangen von uns, eine wirklich freie Entwicklung für alle zu sichern, denn die Gerechtigkeit zeigt sich darin, daß die freie Entwicklung nicht nur einigen wenigen Starken, sondern daß allen gleichwertige Chancen zur freien Entwicklung gegeben werden, und Solidarität bedeutet, daß die Menschen in gemeinsamer Verpflichtung einander verbunden sind und daß sie dieses Gemeinschaftsleben, dieses solidarische Leben erhalten und gestalten müssen, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollen. Das ist das Neue: das Bekenntnis zu den ethischen Grundwerten des Sozialismus als Grundlage für das Handeln der Sozialdemokraten.

Staat und Gesellschaft

Und weiter ist bemerkenswert an diesem Grundsatzprogramm, daß die Bedeutung des Staates als der zentralen Ordnungsorganisation der modernen Gesellschaft in seiner ganzen Tragweite erkannt wird. So heißt es in dem Kapitel "Die staatliche Ordnung":

"... Der Staat soll Vorbedingungen dafür schaffen, daß der Einzelne sich in freier Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Verpflichtung entfalten kann..."

und weiter:

"Als Sozialstaat hat er für seine Bürger Daseinsvorsorge zu treffen, um jedem die eigenverantwortliche Selbstbestimmung zu

ermöglichen und die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft zu fördern."

Der Staat ist nicht neutral im Kampf um die gesellschaftliche Ordnung. Ihm darf es nicht gleich sein, ob die Freiheit zur Gemeinschaft oder zum Chaos führt. "Die Grundrechte sollen nicht nur die Freiheit des Einzelnen gegenüber dem Staat sichern, sie sollen als gemeinschaftsbildende Rechte den Staat mitbegründen." Damit ist sehr deutlich die doppelte Aufgabe des modernen Staates gekennzeichnet. Die eine: die freieEntfaltung der Menschen in ihren verschiedenen Beziehungen und in ihren verschiedenen Gruppen zu sichern, jedem und jeder Gruppe eine faire Chance zur Entwicklung und zur Entfaltung zu geben, d.h. einen großen Raum offen zu halten, der nicht vom Staate geregelt und geordnet wird, sondern in dem der Mensch und die verschiedenen Gruppen und Schichten der Gesellschaft sich frei entfalten können, ohne gegängelt, ohne kommandiert zu werden. Das bedeutet Autonomie im freien gesellschaftlichen Raum: Autonomie der Unternehmer, Autonomie der Arbeitnehmerorganisationen, Autonomie der Tarifparteien, Autonomie des geistigen und kulturellen Lebens. Darum auch die Bejahung möglichst vieler Organisationen der Selbstverwaltung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Der moderne demokratische Staat muß, wenn er Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklichen will, einen großen Raum offenhalten, der von Staatseinflüssen und staatlicher Regelung frei ist.

Und die andere Seite: Der Staat, der von diesen freien Kräften seinen Willen bezieht, von ihnen abhängt - denn Demokratie bedeutet ja, daß diese freien gesellschaftlichen Kräfte bestimmen, was im Staate geschieht - muß zugleich Vorsorge treffen, daß sich eine gesunde Gemeinschaftsordnung entwickelt, daß das, was sich an Gemeinschaftsaufgaben aufdrängt, getan wird und so der Sinn des menschlichen Lebens, das nur in Gemeinschaft mit den Mit-menschen denkbar ist, sich erfüllt; das heißt nicht: alles selbst regeln, aber es heißt: dafür sorgen, daß die Gemeinschaftskräfte gestärkt werden, damit nicht alles durch Zerstörung der Gemeinschaftskräfte wie zu der Zeit von 1933 - 1945 in den Abgrund gleitet.

Um der Gemeinschaft willen, die auf Freiheit und Gerechtigkeit gegründet ist, muß der Staat vor allem verhindern, daß die Mächtigen die Freiheit der weniger Mächtigen bedrängen und damit Ungerechtigkeiten herbeiführen. Das kommt in unserem Grundsatzprogramm an einer Stelle sehr deutlich zum Ausdruck, wo es heißt:

"Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen".

D.h., wer Machtpositionen in dieser Gesellschaft inne hat und in der Lage ist, sich anderen gegenüber gegen deren Willen durchzusetzen, der muß sich der demokratischen Kontrolle unterwerfen. Damit ist der Gesichtspunkt, daß im demokratischen Staat Freiheit an Verantwortung gebunden sein muß, deutlich unterstrichen.

Recht und Freiheit in der Gesellschaft von heute

Das dritte entscheidende Merkmal des Grundsatzprogramms ist das Bekenntnis zu einer möglichst großen Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens. Wenn es richtig ist, daß es in unserer Gesellschaft von

heute ohne große mächtige Organisationen nicht geht, daß Macht in ihr eine ganz entscheidende Rolle spielt; wenn es weiter richtig ist, daß es sich hier um ein sehr vielschichtiges, sehr differenziertes Machtgeflecht handelt - dann gibt es auch keine einfache Methode/oder einen Mechanismus, mit dem man das gesellschaftliche Leben in Ordnung halten könnte. Dann muß der Staat dafür sorgen, daß nicht nur einige wenige überragende Machtgebilde, sondern möglichst viele Kräfte wirksam werden, die sich jedenfalls bis zu einem gewissen Grade paralysieren. Nur dann gibt es genügend Chancen für die vielen, sich durchzusetzen. Nur dann, wenn der Staat nicht nur einigen wenigen großen Machtgebilden gegenübersteht, kann er seine Ordnungsaufgabe gültig erfüllen, ohne zu scharfen, harten und strengen Regelungen und Kommandos greifen zu müssen.

Und darum heißt ein wichtiger Satz im Grundsatzprogramm:

> "....Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich durch Institutionen allein nicht sichern. Alle Lebensbereiche werden zunehmend technisiert und organisiert. Dadurch entstehen immer neue Abhängigkeiten, die die Freiheit bedrohen. Nur ein vielgestaltiges wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben regt die schöpferischen Kräfte des Einzelnen an, ohne die alles geistige Leben erstarrt."

Das ist nicht nur eine schöne poetische Floskel, sondern das ist das ernste Bekenntnis zur Vielfalt in der Gesellschaft, ohne die es eine freie Gesellschaft nicht gibt.

Sozialismus - eine ständige Aufgabe

Und schließlich das vierte Merkmal, das ich für wesentlich halten möchte. Es ist das die klare Aussage, daß es kein fertiges sozialistisches Zukunftsbild gibt, sondern daß die Gesellschaft sich dauernd ändert, daß alles, was an Freiheit und Gerechtigkeit verwirklicht werden kann und muß, von dem jeweiligen Zustand der Gesellschaft abhängt. Darum sagt ein wichtiger Satz des Grundsatzprogramms:

> ".... Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe - Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen bewähren."

Waldemar von Knoeringen hat bei der Diskussion über das Grundsatzprogramm diese Überlegungen noch mit folgenden Ausführungen verdeutlicht: "Diese Aussagen unseres Grundsatzprogramms bedeuten, daß wir die Demokratie anders ansehen als man sie früher betrachtet hat, nämlich als Mittel, Einfluß auf die Gestaltung des Staates zu bekommen. Für uns ist die Demokratie heute ein Wert an sich. Das Ziel sozialdemokratischer Politik ist die Verwirklichung der Demokratie auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens, d.h. diesen Staat in seinem Innern, diese Wirtschaft in ihrem Innern, dieses gesamte gesellschaftliche politische Leben in seinem Innern so zu gestalten, daß es den Parolen, den großen Formeln und Forderungen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität soweit entspricht, als das auf dieser irdischen Welt überhaupt nur möglich ist".

II. Das wirtschaftspolitische Konzept

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie sind fest in dieses gesellschaftspolitische Konzept eingeschlossen und sind daher durch die gesellschaftspolitischen Grundauffassungen des Programms bestimmt. Das Grundsatzprogramm sagt über die Wirtschaftspolitik:

> "Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung."

1. Stetiger Wirtschaftsaufschwung

Damit ist ausgesagt: stetige Steigerung der wirtschaftlichen Leistung und damit Steigerung des Wohlstands ist die unabdingbare Grundlage für ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit. Wirtschaftliche Not macht die Menschen unfrei; Wohlstand schafft die Voraussetzungen für freie Entfaltung. Und es hat auch nicht viel Sinn, nur das, was ist, anders zu verteilen. Wenn wir uns darangegeben hätten, das, was an wirtschaftlicher Leistung im Jahre 1950 erzielt wurde, zu verteilen, dann wäre das ein recht kümmerlicher Lebensstandard gewesen. Es kommt vielmehr darauf an, eine gesunde wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, eine ständige Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungen zu sichern. Erst dann ist eine reale Voraussetzung gegeben, alle Menschen gerechter am Ergebnis der gemeinsamen Arbeit zu beteiligen und jedem gleiche Chancen, d.h. einen angemessenen Platz im öffentlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu sichern. Und darum ist es eine unserer ersten Sorgen, und darum steht es am Anfang in dem wirtschaftspolitischen Kapitel des Godesberger Programms, durch die Sicherung eines stetigen Wirtschaftsaufschwungs die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, daß Wirklichkeit werden kann, was wir wollen nämlich, daß der Einzelne alle seine Fähigkeiten frei entfalten kann, daß nicht viele nur ein mehr oder minder gehobenes Existenzminimum haben, daß vielmehr alle in einem unserer Zeit entsprechenden Wohlstand leben können.

Die konjunkturpolitische Aufgabe

In der großen Weltwirtschaftskrise von 1929/1930 haben wir gelernt, daß man solchen Krisen begegnen kann, wenn man bereit ist, Wirtschaftspolitik zu betreiben. Heute wissen wir, daß derart schwere, katastrophale Krisen vermeidbar sind. Die konjunkturpolitischen Aufgaben von heute liegen auf einem anderen Gebiet. Wir wissen aus der Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika, wir wissen aus der Entwicklung in Großbritannien, ja wir wissen aus wirtschaftlichen Rückschlägen, die wir 1953/54, 1957/58 und 1961/62 in der Bundesrepublik erlebt haben, daß es im Wesen der modernen Wirtschaft liegt, daß sie immer zu Ausschlägen nach oben und unten tendiert, die mit erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Verlusten verbunden sind. Und das ist die Aufgabe der Wirtschaftspolitik von heute, dieses Auf und Ab in einem angemessenen Rahmen zu halten, so daß große wirtschaftliche Verluste, große soziale Spannungen und vielleicht sogar politisches Unheil vermieden werden. Das ist das eine Problem, das der modernen Wirtschaftspolitik gestellt ist. Ich werde nachher dazu einiges sagen, ob und wie wir es in Deutschland bisher gemeistert haben.

Die zweite Schwäche unserer Wirtschaft von heute, die man vor den dreißiger Jahren nicht gekannt hat, ist die ständige langsame Aushöhlung der Kaufkraft durch Preissteigerungen. Es geht also nicht um die schweren Inflationen, wie wir sie unmittelbar nach den beiden Weltkriegen erlebt haben, sondern um die langsame, schleichende Inflation, die unser Geld ständig entwertet. Und man muß sagen, daß die moderne Gesellschaft es bisher noch nicht fertig gebracht hat, diesen ständigen Preissteigerungen entgegenzuwirken, sie zu blockieren und ein stabiles Preisniveau zu sichern. Das ist die zweite große Aufgabe, die unserer Wirtschaftspolitik gestellt ist. An den heutigen Diskussionen über Löhne und Preise wird ersichtlich, wie sehr der Fortschritt der Arbeiterbewegung erschwert wird, wenn man diesen ständigen Preissteigerungstendenzen nicht entgegenwirkt.

Das sind Erscheinungen, die in der Wirtschaft in einem gewissen Rahmen normal sind. Wenn es viele autonome Kräfte gibt, wenn wir wollen, daß z.B. im Prinzip die Unternehmer über Investitionen und Produktion und Preise entscheiden, wenn wir wollen, daß die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände die Löhne autonom regeln, wenn wir wollen, daß der Verbraucher frei entscheidet und ihm nicht diktiert wird, was er zu tun hat, dann muß man mit Spannungen rechnen. Ganz abgesehen davon, daß politische Emotionen, Einflüsse von außerhalb der Grenzen, vom Welthandel, immer Veränderungen in der Wirtschaft bringen können und daher zu zusätzlichen Spannungen führen. Darum ist es wichtig, daß der moderne Staat seine Verantwortung erkennt, die wirtschaftliche Entwicklung in einem Rahmen zu halten, der unnötige Verluste und unnötige Schwierigkeiten ausschließt. Das ist die solidarische Verpflichtung und Verantwortung der Gemeinschaft, die in unserem Programm gemeint ist, die kein moderner Staat verleugnen darf. Diese seine Verantwortung kann und darf der Staat nicht auf irgendwelche anderen Kräfte, seien es die Hausfrauen, seien es die Arbeitnehmer mit ihren Lohnforderungen oder sonst wen, abschieben. Das ist die Verantwortung des Staates und seiner Organe, insbesondere der Regierung als der obersten Ordnungszelle der Gesellschaft.

Struktur- und Regionalpolitik

Es ist nicht nur so, daß neben Arbeitnehmern, die an der untersten Skala der Lohngrenze stehen - Landarbeiter, holzverarbeitende Industrie u.s.w. - Arbeitnehmerg-ruppen stehen, die besser verdienen und andere, die Spitzenstellungen einnehmen. Ebenso gibt es in der modernen Wirtschaft mit ihrer schnellen Entwicklung und ihren schnellen Veränderungen immer Industriezweige, die wir als Wachstumsindustrien bezeichnen, die sehr stark vorangehen, andere, die sich normal entwickeln und schließlich eine dritte Gruppe, die zurückbleibt hinter der Entwicklung. Es gibt also große strukturell bedingte Unterschiede. Ich brauche nur an Chemie, Mineralölwirtschaft, Kunststoffe und Fahrzeugbau zu erinnern, um zu zeigen, daß es Zweige gibt, die eine sehr schnelle Produktivitätsentwicklung, ein äußerst starkes Wachstum haben. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß die Stahlindustrie ein geringeres Wachstum hat, ganz abgesehen davon, daß sie von konjunkturellen Schwankungen besonders abhängig ist. Ich brauche hier im Ruhrgebiet nur daran zu erinnern, daß der Kohlenbergbau in seinem Wachstum, sofern er überhaupt noch wächst, zurückbleibt. Ähnliches gilt für die Textilwirtschaft und aus anderen Gründen auch für die Werftindustrie sowie für eine Reihe von anderen Bereichen.

Selbst wenn die Wirtschaftspolitik erreicht, daß die konjunkturelle Entwicklung sich im ganzen stetig nach oben entwickelt, ergeben sich große regionale Unterschiede, die umso stärker werden, je geringer die Konjunkturentwicklung ist. Bei einer guten Konjunkturentwicklung werden diese regionalen Unterschiede durch die Gesamtentwicklung überdeckt. Bei geringem Wirtschaftswachstum oder gar bei Stagnation bzw. Rückschlag treten diese Schwächepunkte stärker hervor. Von solchen schwächeren Entwicklungen werden also nicht nur gewisse Wirtschaftszweige betroffen, sondern davon werden normalerweise ganze Gegenden, in denen Unternehmen mit geringen Wachstumsmöglichkeiten ihren Schwerpunkt haben, berührt. Wir sehen z.B., wie die Lage des Kohlenbergbaus die Entwicklung des Ruhrgebietes beeinflußt. Sie wissen sicher alle, daß die Zunahme der gesamtvolkswirtschaftlichen Produktivität, die Zunahme der Arbeitnehmerschaft und die Zunahme der Umsätze im engeren Ruhrgebiet geringer ist als im Durchschnitt Deutschlands, ja sogar geringer ist als in den übrigen Teilen Nordrhein-Westfalens, obwohl es dort auch zahlreiche agrarische Gebiete mit einer verhältnismäßig langsamen Entwicklung gibt. Welche Rolle das Ruhrgebiet auf lange Sicht in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung spielt, ist ein solches regionales Problem von größter Bedeutung. Ähnliche Probleme ergeben sich in den Küstenländern an der Nordsee, in den Zonengrenzgebieten, im Bayerischen Wald und in den Textilgebieten am Niederrhein.

Eines der großen Probleme der modernen Wirtschaftspolitik, das in der Bundesrepublik überhaupt noch nicht ernsthaft angepackt ist, ist das einer gesunden regionalen Entwicklung, d.h. einer Regionalpolitik auf Grund einer vernünftigen großzügigen Raumplanung. Darum wird die Struktur- und Regionalpolitik in unserem Grundsatzprogramm als eine der großen Zukunftsaufgaben herausgestellt. Im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird diese Aufgabe bereits heute sehr ernst genommen. Die Europäische Wirtschaftskommission hat bereits zwei große europäische Konferenzen abgehalten, die sich mit den Regionalproblemen befassten. In Italien gibt es eine sehr zielbewußte Regionalpolitik: besonders die Entwicklung des ganzen Südens. Auch in Frankreich wird aktive Regionalpolitik betrieben. Bei uns gibt es einige kleine Anfänge, z.B. das Zentrale-Punkte-Programm. Aber offenbar hat man bei uns an der Spitze bis heute nicht begriffen, daß auch hier die Verantwortung der Gemeinschaft und ihrer Wirtschaftspolitik für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung zur Debatte steht.

Das ist das erste Kapitel: Sicherung eines gesunden Wirtschaftswachstums. Das ist die Voraussetzung dafür, daß alle Menschen, insbesondere auch die Arbeitnehmer, einen wirtschaftlichen und sozialen Standard erreichen, der dem Entwicklungsstand unserer Zeit entspricht und jedem die Chance zur Entfaltung seiner Persönlichkeit gibt. Das darf nicht nur für die Menschen in irgendwelchen Spitzenindustrien und in irgendwelchen bevorzugten Gegenden gelten, sondern für jedermann in Deutschland. Der Bauer und der Landarbeiter z.B. haben den gleichen Anspruch auf Teilnahme an den Ergebnissen unserer wirtschaftlichen Arbeit, wie der Mann in der Stadt oder der Mann in der Eisen- und Stahlindustrie oder im Buchdruckgewerbe. Darum handelt es sich. Hier geht es also um eine ganz konkrete Frage, eine sehr praktische und drängende große politische Gegenwartsaufgabe und nicht um irgendwelche ferne Theorien.

2. Einkommens- und Vermögensverteilung

Das zweite Kapitel behandelt die Frage einer gerechteren Beteiligung der Menschen an dem Ergebnis der gemeinsamen Arbeit. Hier geht es nicht um absolute Gerechtigkeit; so etwas gibt es auf der Welt nicht. Hier geht es auch nicht um Gleichmacherei; eine moderne Wirtschaft, insbesondere, wenn sie irgendwie mit der Leistung der Menschen etwas zu tun hat, muß gewisse Unterschiede in der Einkommenslage, die der unterschiedlichen Leistung entsprechen, haben. Es gibt auch keinen Maßstab, mit dem man ausrechnen könnte, wieviel der einzelne aus dem Sozialprodukt zu beanspruchen habe, weil an jedem Stück, das heute produziert wird, viele, häufig tausende Menschen mitgearbeitet haben. Es gibt auch keinen Maßstab, an dem man abmessen könnte, welcher Anteil dem Einzelnen gerechterweise zustehen müsste. Es handelt sich vielmehr darum, immer mehr zu jener Gerechtigkeit zu kommen, die unseren modernen Vorstellungen von einer angemessenen Teilnahme entspricht. Nach unseren Vorstellungen muß der soziale Status des einzelnen so gestaltet werden, daß er reale Chancen hat, sich frei zu entwickeln, vorwärts zu kommen und sich am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben verantwortlich zu beteiligen. Es gilt, die Voraussetzungen für ein Höchstmaß von Chancengleichheit zu schaffen.

Die Einkommens- und Vermögensverteilung ist ungerecht.

In Deutschland besteht allgemein die Auffassung, daß die Unterschiede in der Einkommens- und folglich auch in der Vermögensverteilung gesellschaftlich einfach nicht mehr tragbar sind, und daß hier Änderungen herbeigeführt werden müssen. Nur einige wenige Außenseiter - meist Interessenten - vertreten eine andere Meinung. Das äußere Kennzeichen dieser Ungerechtigkeit, die sich in unserer Wirtschaft heute ständig verschärft, ist die ungerechte Vermögensbildung; das ist die Massierung der Vermögen bei einigen wenigen großen Unternehmen, an denen über Aktien usw. nur eine begrenzte Schicht des gesamten Volkes beteiligt ist. Wenn auch z.B. eine Million von insgesamt 25 Millionen Erwerbstätigen zusätzlich über VW-Aktien beteiligt werden, so ist das noch keine breite Vermögensstreuung, sondern damit wird lediglich ein bißchen Sand in die Augen gestreut. Und was noch wichtiger ist: hier wird der Versuch gemacht, einige mitschuldige Mitläufer bei diesem im ganzen höchst ungerechten Vermögensbildungsprozeß zu gewinnen.

Diejenigen, die sich ernsthaft mit den Dingen befassen, sind sich über die Einseitigkeit der Vermögensverteilung im klaren. Das sind nicht nur die Gewerkschaften, sondern z.B. auch die katholische Kirche und die evangelische Kirche und viele große wissenschaftliche Gesellschaften und soziale Gruppen. Gerade die Kirchen werten diese Vermögenskonzentration als ein Zeichen für die soziale Ungerechtigkeit, die in Deutschland herrscht. Hier wird deutlich gesagt, daß die Spartätigkeit des kleinen Mannes, so sehr sie glücklicherweise zunimmt, an der bisherigen Vermögensverteilung nichts wesentliches zu ändern vermag. D.h. in Deutschland herrscht allgemein die Überzeugung, daß etwas getan werden muß, um die Menschen gerechter an dem Ergebnis der gemeinsamen Arbeit zu beteiligen.

Wir wissen, daß es ein schwieriges Problem ist, weil es an die Grundlagen unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung rührt. Die Einkommensverteilung ist eines der großen Bereiche unseres wirtschaftlichen Gesamtkreislaufs. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung kennt z.B. insbesondere drei große Kreisläufe: die Entstehung des Sozialprodukts, die Einkommensverteilung und die Einkommensverwendung, d.h. den Verbrauch in Konsumgütern, Dienstleistungen, Investitionsgütern usw. Wenn hier etwas verändert wird, so berührt das den gesamten Wirtschaftsablauf in allen seinen Teilen und Verzweigungen. Darum gibt es einige wenige, die sagen, die Wirtschaft laufe doch eigentlich ganz gut, eine Änderung bringe so viele Gefahren und Schwierigkeiten. Ihre Konsequenz ist: lassen wir es doch so wie es ist. Das letztere wird meist nicht offen gesagt, aber gemeint.

Die große Mehrheit der Verantwortlichen jedoch ist der Überzeugung, daß die große soziale Ungerechtigkeit der Vermögensverteilung untragbar ist und die Grundlagen unserer sozialen Ordnung bedroht.

Möglichkeiten der Lohn- und Gehaltspolitik

Es ist ein schwieriges Problem. Aber das enthebt uns nicht der Pflicht, sich mit ihm zu befassen und zu versuchen, über die theoretischen Erörterungen und Bekenntnisse hinaus einige Schritte weiterzugehen zu einer gerechteren Verteilung. Dabei muß man sich, glaube ich, über eines klar sein. Löhne und Gehälter sind ein Teil des gesamten Volkseinkommens. Über die Höhe dieses unmittelbaren Einkommens der werktätigen Arbeitnehmer wird primär im Rahmen der Tarifautonomie entschieden. Daneben gibt es den Teil, den die Unternehmer beziehen, das Unternehmereinkommen, die Gewinne, über das mit Hilfe der freien Preis- und Gewinngestaltung entschieden wird. Daneben gibt es das Sozialeinkommen, das vom Staate abgezogen wird bei denen, die über Lohn und Gehalt oder über Gewinne originäres Einkommen beziehen und an jene geleitet wird, die eines sozialen Ausgleichs bedürfen. Und schließlich gibt es das staatliche Einkommen, das nicht nur abgezogen und an andere verteilt wird wie das Sozialeinkommen, sondern unmittelbar dem staatlichen Verbrauch dient. D.h. wenn man sich über eine Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung unterhält, muß man sich bewußt sein, daß Löhne und Gehälter und Tarifautonomie überhaupt nur einen Teilbereich darstellen.

Nun gibt es ein außerordentlich interessantes Phänomen, nämlich die Tatsache, daß sich nicht nur in den letzten 10 bis 12 Jahren, sondern auch früher der Anteil der Löhne und Gehälter, also der Anteil des Arbeitseinkommens am gesamten Volkseinkommen nicht wesentlich verändert hat. Seit dem Jahre 1949/1950, also seit der Währungsreform, schwankt der Anteil der Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer am Volkseinkommen um 60 %. Das Volkseinkommen ist gestiegen, damit ist auch das Einkommen der Arbeitnehmer gestiegen; aber eine Veränderung in der bisherigen Verteilung dieses Volkseinkommens auf die großen Schichten der Arbeitnehmer und der Unternehmer, die ja erst die gewaltige Vermögenskonzentration in den Unternehmen ermöglicht hat, ist in diesen 10-12 Jahren, ungeachtet aktiver Lohnpolitik, nicht erreicht worden. Nur die Jahre 1961 und 1962 machen eine Ausnahme. Im Jahre 1961 stieg der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am gesamten Volkseinkommen auf 62 %, im Jahre 1962 auf knapp 64 %. Aber wir wissen, das waren außergewöhnliche Jahre: Wirtschaftsflaute, Zurückgehen der Unternehmergewinne, schwächere Position der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern. Die "Marktlage" am Arbeitsmarkt war den Arbeitneh-

mern in diesen beiden Jahren besonders günstig. Jetzt, im Jahre 1963, wird diese Entwicklung schon nach unten korrigiert. Sowohl die tariflichen Lohnsteigerungen wie die effektiven Lohnsteigerungen bleiben stark hinter denen der Jahre 1961 und 1962 zurück. Der Prozeß einer Veränderung der Verteilung wird also zumindest nicht fortgesetzt, wahrscheinlich wird er sogar zurückrevidiert. Darum darf man nicht so sehr auf die Jahre 1961 und 1962 schauen, als auf einen einmaligen Vorgang, sondern man muß die langfristige Entwicklung berücksichtigen.

Das ist ein wichtiger Tatbestand, der für unsere Überlegungen über das, was möglich ist auf dem Gebiete einer besseren Einkommens- und Vermögensverteilung, von entscheidender Bedeutung ist. Es gibt nämlich drei Dinge, die die Entwicklung der Löhne und Gehälter beeinflussen. Das erste sind die Lohnbewegungen im Rahmen der Tarifautonomie. Tarifautonomie bedeutet, daß zwei gegnerische Kräfte - Arbeitgeber und Arbeitnehmer - aneinander gekoppelt werden; keiner ist frei, sondern die Entscheidungen werden von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam vereinbart oder ausgekämpft. Sie sind von der jeweiligen Marktlage abhängig. In bestimmten Zeiten geht der Anteil der Arbeitnehmereinkommen einmal über die 60 %, in anderen liegt er etwas tiefer. Der Mechanismus der Tarifautonomie allein gewährleistet eine Veränderung in dieser Einkommensverteilung nicht. Entscheidend hierfür ist die "Marktlage". Welche Bedeutung die Lage am Arbeitsmarkt hier hat, das sieht man an der Entwicklung der effektiven Löhne. In den letzten Jahren kamen die Gewerkschaften mit ihren Lohnvereinbarungen kaum noch mit den effektiv gezahlten Löhnen mit. Im Durchschnitt lagen die effektiv gezahlten Löhne im Jahre 1962 um 25 % über den tariflich vereinbarten. Sie müssen normalerweise immer etwas darüber liegen, weil es Akkordvereinbarungen und ähnliche Dinge gibt. Diese normale Spanne dürfte sich um rd. 10 % bewegen, wie es auch in den ersten Jahren nach 1949/1950 der Fall war. Aber die jetzige große Spanne ist darauf zurückzuführen, daß nach der Marktlage viele Unternehmer bereit sind, zumindest für Schlüssel- und wichtige Fachkräfte wesentlich mehr zu zahlen, als im Tarif vereinbart ist, was natürlich das gesamte übrige Lohnniveau nach sich zieht. In kritischen Perioden dagegen, wie z.B. in der Zeit des Wiederaufbaues nach 1949, müssen die Arbeitnehmer je nach Marktlage zurückhalten; sie bleiben dann mit ihrer Lohnentwicklung hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurück. Dieses System der Tarifautonomie ist also ein Instrument, das dafür sorgt, daß die Bäume auf keiner Seite in den Himmel wachsen. Die Arbeitnehmer haben in Krisenperioden Anlaß zur Klage. Die Arbeitgeber sehen insbesondere bei Überbeschäftigung, wenn sie in der schwächeren Position sind, die ganze Wirtschaft zugrunde gehen. Das grundlegende Ordnungsprinzip der Tarifautonomie besteht darin, daß zwei potentiell gleichgewichtige Partner aneinander gekoppelt werden. Unter diesen Umständen kann die Einkommensverteilung nur dann grundlegend und nachhaltig verändert werden, wenn die Marktlage geändert wird. Das aber ist eine Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Die Tarifpolitik allein kann eine strukturelle Veränderung in der Einkommensverteilung nicht herbeiführen.

Hinzu kommt, daß Löhne und Gehälter nur ein Teil des Volkseinkommens sind. Ein großer Teil der Unternehmer ist bei ihrer Preis- und Gewinnpolitik an keinen Partner gebunden. Mittlere und kleine Unternehmer sind in gewissem Umfang vom Partner Verbraucher abhängig - wenn die Kochtöpfe und die Blechnäpfe zu teuer werden, dann kaufen die Hausfrauen weniger. Aber die Automobilindustrie, die Eisen- und Stahlindustrie, auch die Waschpulverindustrie, wo

zwei Firmen 90 % der Waschpulvererzeugung auf sich vereinigen - diese großen Unternehmungen haben keinen gleichwertigen Partner, sondern sie sind in der Lage, mit dem Instrument der Preisbildung, insbesondere mit der Preisbindung zweiter Hand den Preis in großem Umfange zu diktieren und hochzuhalten. Sie haben auf Grund ihrer Machtstellung, die nicht an andere gebunden ist - wie die Machtstellung der Gewerkschaften durch die Tarifautonomie an die Gegenmacht der Arbeitgeber gebunden ist - eine weitgehende Freiheit, nicht nur Chancen in einer guten Konjunktur auszunutzen, um ihre Gewinnlage über die Preisgestaltung zu beeinflussen. Hier fehlt bei uns in der Bundesrepublik vor allem eine wirksame Wettbewerbspolitik, die die aktionsfähigen aber weniger mächtigen Kräfte in der Wirtschaft stärkt, und es fehlt vor allem eine straffe Kartell- und Monopolpolitik, die Machtmißbrauch verhindert.

Daraus ergibt sich ein wichtiger Gesichtspunkt für uns. Wo es um die Wirksamkeit der Lohnpolitik geht, ist entscheidend das, was die Wirtschaftspolitik tut; denn sie kann die Daten der Marktentwicklung ändern, wenn sie will. In der Vergangenheit haben wir eine ständige steuerliche Begünstigung der Gewinnbildung in der Wirtschaft gehabt; in den ersten Jahren nach 1948 war dies sicherlich volkswirtschaftlich zwingend notwendig, um den Wiederaufbau durchzuführen, aber nachher wurde diese Politik bewußt beibehalten und möglichst noch verstärkt, obwohl das nicht mehr nötig und in der Hochkonjunktur 1960/61 sogar brandgefährlich war. Daneben steht der Verzicht auf eine wirklich wirksame Wettbewerbs-, Kartell- und Monopolpolitik, deren sich die Bundesregierung und die sie tragende Bundestagsmehrheit schuldig gemacht hat. Eine fortschrittliche Steuer-, Wettbewerbs- und Anti-Monopolpolitik könnte die Marktdaten zugunsten einer gerechteren Einkommens- und Vermögensbildung beeinflussen.

Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, die öffentliche Meinungsbildung über die modernen Massenmedien zu beeinflussen. In dreizehn Jahren konservativer Herrschaft in der Bundesrepublik ist systematisch eine öffentliche Meinung gebildet worden, die die Gewerkschaften ins Ghetto verwies. Es gibt kaum eine Lohnbewegung, kaum eine Aktion zur Arbeitszeitverkürzung, die nicht von vornherein von den maßgebenden Trägern der öffentlichen Meinung und auf Grund dieser öffentlichen Meinungsbildung auch von großen Teilen der Bevölkerung als eine schlechte Sache und eigentlich als ein Machtmißbrauch der Gewerkschaften angesehen wird, obwohl das grundfalsch ist. Diese öffentliche Meinung ist eine viel größere Schranke für die Wirksamkeit gewerkschaftlicher Aktionen als sich die meisten eingestehen. Wenn z.B. die ganze öffentliche Meinung gegen einen Metallarbeiterstreik ist - einschließlich der Textilarbeiter, einschließlich der Bergarbeiter und all derer, die meinen, "na, die sind ja wohl ein bißchen weit voraus!" - dann setzt das Grenzen für die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften. Wir sollten nicht übersehen, welche zentrale Stellung hier diejenigen besitzen, die die Schalthebel der Politik in der Hand haben. Sie können zwar nicht einfach einen Redakteur beseitigen oder den Rundfunk und das Fernsehen anders besetzen. Sie sind aber in der Lage, in dreizehn Jahren einen Trend des Denkens hervorzurufen, der beinah automatisch zu der gewünschten öffentlichen Meinung führt. Das Ergebnis ist jener Konformismus, der weithin die öffentliche Meinung in Deutschland kennzeichnet. Dieser Prozeß ist nicht unabwendbar! Wir Sozialdemokraten haben seit etwa zwei bis drei Jahren mit Erfolg daran gearbeitet, diesen Konformismus jedenfalls hinsichtlich der Beurteilung unserer Partei aufzulockern. Den Gewerkschaften ist es bisher weniger gelungen,

gegen die öffentliche Meinung anzugehen und sie umzugestalten. Aber wenn nicht alles trügt, sind sie auch auf dem Wege, aus dem Ghetto herauszutreten. Aber sie stoßen immer wieder auf den hinhaltenden Widerstand und die Gegenmaßnahmen einer konservativen Regierung und ihrer Mehrheit im Parlament. Darum bleibt auch für eine erfolgreiche Einkommens- und Vermögenspolitik entscheidend: Wer die Einkommens- und Vermögensverteilung nachhaltig verbessern will, muß Einfluß auf die Wirtschaftspolitik gewinnen.

3. Freiheit in der Wirtschaft

Eine Partei, die um die Mehrheit kämpft, um das politische Leben in der Bundesrepublik nach ihren Vorstellungen zu gestalten, muß auch wirklich eine Gesamtvorstellung von der Ordnung des wirtschaftlichen Lebens haben. Sie darf nicht nur wissen, wie die Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft eingeordnet werden sollen, sondern sie muß auch eine Vorstellung haben, welche Rolle die Unternehmen in der Wirtschaft zu spielen haben, zumal, wenn sie weiß, was die Machtstellung großer mächtiger Unternehmen und großer mächtiger Unternehmensverbände auch für den sozialen Status und die soziale Entwicklung der Arbeitnehmer bedeuten. Und darum ist die Frage Macht und Freiheit in der Wirtschaft eine umfassende Frage, die die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Ordnung berührt. Mit ihr muß sich die Sozialdemokratie auseinandersetzen; es sei denn, sie verzichtet auf eine Gesamtvorstellung über die wirtschaftliche Ordnung. Aber dann hätte sie den Anspruch verspielt, als ernstzunehmende politische Partei zu gelten; denn Politik ist immer auf das Ganze gerichtet.

Die Freiheit der Unternehmer

Da ist zunächst der Konzentrationsprozeß mit der Bildung riesengroßer Unternehmen, die die Grundlage unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind. Bei der Beurteilung der Konzentration muß man berücksichtigen, daß unser wirtschaftliches Wachstum und unser Lebensstandard ohne die großen Unternehmungen nicht denkbar wäre. Aber auf der anderen Seite sind diese Unternehmen Machtfaktoren, die in der Lage sind, ihren Willen durchzusetzen. Einmal nach innen gegenüber zehn-, fünfzehn-, zwanzig- bis fünfzigtausend Menschen, die in diesen Unternehmen beschäftigt sind, die - insbesondere, wenn sie älter sind - sich nur schwer aus dem Gefüge ihres Unternehmens lösen und den Arbeitsplatz wechseln können, die durch viele betriebspolitische Maßnahmen - bis zur Freizeitgestaltung - an den Betrieb gebunden sind und deshalb weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus sehr stark von "ihrem" Unternehmen abhängig sind. Zum anderen sind die Großunternehmen ein Machtfaktor gegenüber allen anderen Unternehmen, die nicht über eine gleich starke Position verfügen, z.B. alle größeren, mittleren oder kleineren. In vielen Fällen sind sie sogar stark genug, die wirtschaftspolitischen Entscheidungen von Regierung und Verwaltung zu beeinflussen. Und das Ergebnis? Je mehr die Wirtschaft so vermachtet ist, je mehr die Wirtschaft von solchen großen Unternehmungen einseitig beherrscht wird, um so weniger Freiheit gibt es in der Wirtschaft und damit in der Gesellschaft.

Das sind die zwei Seiten einer Sache. Die Zwangsläufigkeit einer ausreichenden wirtschaftlichen Konzentration, die für die Steigerung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit notwendig ist; und die Gefahren, die von derart mächtigen Unternehmen für eine freie

Ordnung der Wirtschaft ausgehen.

Wir sollten uns nicht im Unklaren sein: die Unternehmer machen nur einen geringen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung aus, aber ihre Ausstrahlungskraft auf das, was politisch und wirtschaftlich gedacht wird, ist auf Grund ihrer Stellung in der Wirtschaft viel, viel größer als ihre Zahl ausmacht. Das gilt nicht nur für die Großunternehmer, sondern ebenso für Handwerker und Einzelhändler, die über den Ladentisch Gespräche mit den Hausfrauen führen. Was dort gesprochen wird, ist für die politische Willensbildung und für die gesellschaftliche Machtstruktur nicht ohne Bedeutung. Darum ist es eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik, möglichst vielen Kräften in der Wirtschaft Bewegungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu sichern und einseitige Beherrschung zu verhindern.

Es ist sinnlos, davon zu sprechen, es wäre möglich, wieder einen freien, unbeschränkten Wettbewerb herzustellen, bei dem es keine Großen gibt, die die anderen beherrschen; vielleicht sogar dahin zu kommen, wie es in der Theorie heißt, daß die Großen sich so benehmen,"als ob" freier, unbeschränkter Wettbewerb bestünde. Nun, solchen Illusionen können wir uns als Realisten nicht hingeben. Aber man muß das herstellen, was man in Amerika"workable competition" nennt, und worunter man einen praktikablen Grad von Bewegung, Freiheit und Wettbewerb in der Wirtschaft versteht. Das ist auch eine realistische Vorstellung. Dazu gehört eine möglichst große Zahl von Selbständigen und viele Unternehmens- und Eigentumsformen - z.B. neben privaten Unternehmen aller Art auch Unternehmen der freien Gemeinwirtschaft und öffentliche Unternehmen. All dieses gehört zur Vielfalt einer Wirtschaft, in der genügend Gegenelemente gegen einseitige Machtverfestigungen wirksam werden können. Dazu gehört, daß man die Leistungsfähigkeit der Kleinen stärkt und sie nicht etwa benachteiligt und einengt. Weiter gehört dazu, daß gegen die Großen möglichst viel Gegenmacht durch Kooperation der Schwächeren geschaffen wird. Was für die Kooperation der mittleren und kleineren produzierenden Unternehmen gilt, muß auch gelten für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Handels in Form von Genossenschaften, Ketten und dergleichen und für die Kooperation der Verbraucher in Verbrauchergenossenschaften. Die Kooperation der Schwächeren ist eines der wichtigsten Mittel, um den Stärkeren aktionsfähige Gegenkräfte gegenüberzustellen. Der Staat muß sie fördern.

Wichtig ist ein großes Maß von Publizität. Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung ist eines der großen Kampfmittel der Demokratie. Es sollte allgemeiner bekannt werden, daß z.B. ein Unternehmen wie Sunlicht, das 40% der Seifenherstellung auf sich konzentriert und zu dem internationalen Unilever-Konzern gehört, lange Jahre hindurch etwa 40, 50 und 60 % seines Kapitals verdient hat. Da es unter amerikanischem Einfluß steht, hat es, solange es Aktiengesellschaft war, in seinen Bilanzen diese Ergebnisse offen ausgewiesen. Plötzlich hat man dann die Aktiengesellschaft in eine GmbH umgewandelt, so daß das Unternehmen nunmehr keine Bilanzen mehr zu veröffentlichen braucht und damit kein Einblick mehr in die Ertrags- und sonstigen Verhältnisse des Unternehmens gegeben sind. Wenn hier einmal hineingeleuchtet würde, so daß jeder sieht, welches die Selbstkosten für Kalk und Sand sind und was weiß ich, was zur Herstellung noch verwendet wird, und wieviel demgegenüber der Kostenfaktor Werbung und der Faktor Gewinn ausmachen, wenn das der Öffentlichkeit auf Grund von Sachverständigen-Untersuchungen dargelegt würde, dann könnte man sicher auf schärfere Eingriffe des Staates verzichten, um Preissenkungen zu erreichen. Die öffentliche Meinung allein würde solche

Unternehmen zwingen, sich in einem vernünftigen Rahmen zu halten. Daher ist ein größeres Maß von Publizität notwendig.

Überall aber, wo das nicht ausreicht, ist eine straffe Kartell- und Monopolkontrolle erforderlich, um einen Mißbrauch der Machtstellung wirksam zu verhindern.

Hier geht es nicht etwa um Kampf gegen die Großen; sondern um die Einordnung der Großen, der Mittleren und der Kleinen in ein gesundes tragfähiges Gesamtgefüge der Wirtschaft.

Die Freiheit der Arbeitnehmer

Freiheit bedeutet insbesondere aus der Sicht des Arbeitnehmers zweierlei. Es bedeutet einmal die Möglichkeit, alle Anlagen und Fähigkeiten in gleicher Weise entwickeln zu können wie andere auch und damit gleichwertige Chancen zum Aufstieg zu haben. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen werden hierfür durch stetiges wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung und steigenden Lebensstandard, die sozialen Voraussetzungen durch ein umfassendes System sozialer Sicherung geschaffen. Diese Aufgaben werden als Gemeinschaftsaufgaben des Staates allgemein anerkannt; wenn auch nicht immer zulänglich erfüllt. Die entscheidende Aufgabe von heute und morgen besteht jedoch darin, den Kindern der Arbeitnehmer, den jungen Arbeitern und Angestellten und schließlich auch den älteren Arbeitskräften durch eine Neugestaltung des gesamten Bildungswesens alle Chancen zum Weiterkommen zu eröffnen. Das gilt für das gesamte Schulwesen bis hin zu den Hochschulen, das gilt für die Ausbildung und Fortbildung im Berufsleben und gilt schließlich für die Umschulung von Kräften, die ohne Schuld durch die wirtschaftliche Entwicklung ihr bisheriges Betätigungsfeld verlieren. Hier handelt es sich nicht mehr um eine wirtschaftspolitische Aufgabe im engeren Sinne, sondern mehr um eine bildungspolitische Aufgabe. Darum soll sie hier nicht ausführlich behandelt werden; ich möchte aber klarstellen, daß ich kaum eine Aufgabe sehe, die wichtiger und drängender ist als diese. Von ihrer Lösung hängt der weitere Aufstieg der Arbeitnehmer zu gleichberechtigten Bürgern unseres gesamten Staats-, Wirtschafts- und Kulturlebens ab.

Auf der anderen Seite bedeutet Freiheit auch die Möglichkeit, an der Gestaltung des Gemeinschaftslebens verantwortlich mitzuwirken. Hier soll nur von der Wirtschaft, d.h. von der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft gesprochen werden. Als Beispiel sei die Mitbestimmung in der Großwirtschaft herausgegriffen, für die es ein Modell im Mitbestimmungsgesetz für Kohle und Stahl gibt. In der Großwirtschaft trifft die Forderung der Arbeitnehmer nach Mitbestimmung zusammen mit der Aushöhlung der bisherigen Unternehmensverfassung. Hier zeigt sich besonders deutlich, in welchem Umfange die Bestrebungen der Arbeiterbewegung Bestandteil dieses großen Prozesses der Demokratisierung unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens sind, als die sich die geschichtliche Entwicklung unserer Zeit darstellt. Und es ist nicht ohne Absicht, wenn die Mitbestimmung im Godesberger Grundsatzprogramm zentral unter diesem Gesichtspunkt einer modernen Unternehmensverfassung gesehen wird. In diesem Grundsatzprogramm heißt es:

> "Die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohlenbergbau ist ein Anfang zu einer Neuordnung der Wirtschaft. Sie ist zu einer demokratischen Unternehmensverfassung für die Großwirtschaft weiter zu entwickeln."

Jedermann, der nur über einen ausreichenden Grad kritischen Denkvermögens verfügt, kann leicht einsehen, wie wenig verantwortliches Mitgestalten der Beteiligten in den Großunternehmen heute wirklich möglich ist. Die Aktionäre haben da schon längst ausgespielt. Es kann keine Rede davon sein, daß sie irgendwie mitgestalten oder beschließen und gar bestimmen, was in den Großunternehmen, Aktiengesellschaften usw. geschieht. Mit der Einleitung einer Hauptversammlung durch Militärmusik und durch die Verteilung von Würstchen und Bier schafft man ja noch keine Mitbestimmung, sondern höchstens die Illusion,"dabeigewesen" zu sein. Vielleicht geht die materielle Rechnung beim Kleinaktionär sogar auf, der feststellt, daß das Mittagessen oder die sonstige Verpflegung mehr wert ist, als die Dividende, die er auf eine Kleinaktie erhält. Aber das ist ja keine Mitbestimmung der Eigentümer. Darum muß notwendigerweise für die Großwirtschaft eine Unternehmensverfassung geschaffen werden, die den Leitern der Unternehmen wieder eine echte Legitimation gibt. Wir können es nicht mehr als legitim ansehen, daß, wie Professor Nell-Breuning einmal gesagt hat, wir in diesen Großunternehmen gewissermaßen "ein freischwebendes Management" haben, das von keinem wirklich legitim bestellt ist und das von keinem wirklich ernsthaft kontrolliert wird, sondern das sich gewissermaßen durch Kooperation ergänzt. Heute ist die Hauptversammlung nur noch "eine Art sinnlosen Rituals", wie der amerikanische Wirtschaftsjournalist Berlé einmal gesagt hat. Auf diesen Hauptversammlungen geschieht haargenau das, was vorher in den kleinen Managergremien von Aufsichtsrat und Vorstand festgestellt und beschlossen worden ist. Hier muß eine moderne Ordnung geschaffen werden, die dem Grundsatz einer legitimen Bestellung, einer verantwortlichen Kontrolle und einer verantwortlichen Mitwirkung der Beteiligten gerecht wird - mit einem Wort: eine Ordnung, die demokratischen Grundsätzen entspricht. Wir werden hier nicht einfach die Spielregeln und Formen des staatlichen Lebens übertragen können und meinen, man brauche also nur zu wählen wie zu einem Parlament. Wenn aber die Legitimation aus dem Eigentum jedenfalls in diesen Großunternehmen nicht mehr wirksam ist, sondern höchstens als Verschleierung unerwünschter Herrschaftsmethoden angesehen werden kann, dann muß eine Neuordnung geschaffen werden, die dem Grundgedanken Rechnung trägt, die entscheidenden gesellschaftlichen Kräfte des Wirtschaftslebens in die Gestaltung einer Unternehmensverfassung einzuschalten. Eine andere annehmbare verfassungsmäßige Grundlage für die große Macht, die in der Großwirtschaft ausgeübt wird, ist jedenfalls nicht sichtbar. Soweit die Arbeitnehmerschaft als Faktor des Wirtschaftslebens in Betracht kommt, so muß man im Mitbestimmungsgesetz den ersten Versuch zu ihrer verantwortlichen Einordnung in das Wirtschaftsleben sehen.

Die Freiheit zu verantwortlicher Mitgestaltung des wirtschaftlichen Lebens ist jedoch nicht nur ein Problem der Großwirtschaft. Hier geht es um ein allgemeines menschliches Problem. Hier geht es um die Frage, ob der Mensch sich auch in der Wirtschaft vom Untertan zum Bürger entfalten kann. Zum Wirtschaftsbürger gehört auch das Recht auf verantwortliche Mitwirkung und Mitbestimmung in der Wirtschaft. Das muß daher auch für kleine und mittlere Betriebe gelten. Ich möchte im Rahmen dieses grundsätzlichen Referats auch auf diese Seite einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung hinweisen, ohne daß ich die hiermit verbundenen Probleme jetzt in ihren Einzelheiten behandeln kann. Nur eines möchte ich sagen: die einfache Ausdehnung des auf die Großwirtschaft zugeschnittenen Mitbestimmungsrechts auf mittlere und kleine Unternehmen reicht hierfür nicht aus: sie könnte eher schaden als nützen. Wir müssen uns bald um neue Formen bemühen.

Die Freiheit der Verbraucher

Wir reden sehr viel von freier Konsumwahl. Das ist nach den Lehrbüchern eine der wichtigsten Grundlagen einer freiheitlichen Wirtschaft. Und in unserem Grundsatzprogramm steht "... Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher". Und nun sehen wir einmal, was in der modernen Wirtschaft vor sich geht, nicht nur bei uns in Deutschland. Freie Konsumwahl bedeutet sicherlich nicht, daß dem einzelnen diktiert werden soll, was er zu verbrauchen hat und was ihm zugeteilt wird. Darüber besteht Einmütigkeit. Es bedeutet aber auch nicht, daß es starke Kräfte innerhalb der Wirtschaft geben darf, die zwar nicht zuteilen, aber die Menschen durch moderne Methoden der Werbung, der Verpackung, des Anbietens beeinflussen, etwas zu kaufen, was sie aus eigenem Willen nicht kaufen würden. Z. T. nennt man diese Art der Werbung "unterschwellig", das heißt, daß die Menschen unter der Schwelle ihres Bewußtseins gepackt werden sollen. Der Mensch soll von seiner freien Konsumwahl keinen Gebrauch machen. Theoretiker schreiben darüber, daß die Entscheidung bereits v o r dem Markt getroffen wird, d.h. nicht dann, wenn die Leute auf de Markt kommen und anfangen zu wählen, sondern vorher über die Werbung, unterbewußt, über das Unterbewußtsein der Menschen. Das heißt: mit einer solchen Werbung wird die Marktwirtschaft einfach ausgeschaltet. Hier kommen große Gefahren auf uns zu, denn eine solche Methode der Menschenbeeinflussung rührt an die Grundlagen der Demokratie. Professor Hellpach, einer der großen Demokraten der Weimarer Republik, hat einmal gesagt:

> "Das Wesen der Demokratie besteht doch letzten Endes darin, daß der einzelne selbständig und autonom seine Entscheidung trifft, möge die Linienführung dieser Entscheidung noch so primitiv sein, aber sie muß aus ihm selber kommen, sie darf nicht von außen gesteuert werden".

Hier liegt ein entscheidendes Problem. Auch hier sollte man nicht gleich nach dem Staat oder gar dem Staatsanwalt rufen. Es ist eine demokratische Überlegung, daß der Mensch auch in der Lage ist, sich gegen eine solche Werbung immun zu machen. Und wenn der Staat hier eine wichtige Aufgabe hat, dann ist es die, dem Verbraucher zu ermöglichen, der Werbung kritisch zu begegnen. Bei uns in Deutschland wird die Frage der Verbraucheraufklärung wieder einmal versimpelt, als handele es sich um Mätzchen weltfremder Weltverbesserer. Aber in Schweden, überhaupt in den nordischen Staaten haben wir viele Einrichtungen zur Verbraucheraufklärung, insbesondere auch Verbraucherausschüsse, die von der Regierung bestellt sind und die Aufgabe haben, alles, was auf dem Gebiete der Verbraucheraufklärung geschieht und geschehen kann, ständig zu fördern und die staatlichen Institutionen auf Mängel und bedenkliche Preisentwicklungen hinzuweisen. Hier werden ernsthafte Versuche unternommen, um den Verbraucher zu einem aktiven Element in der Wirtschaft zu machen. Die Großunternehmen sind mit ihren Werbemitteln sehr aktiv und gehen mit einem Riesenaufwand an Werbung auf die Menschen los. Da wird z.B. nicht etwa gesagt "Die Zigarette ist aus dem und dem Grunde gut", sondern "das ist der Duft der weiten Welt", d.h. wenn du zur großen Welt gehören willst, dann überlege nicht so lange, ob die Zigarette gut ist oder nicht: es geht um dein Prestige. Demgegenüber besteht die Aufgabe des demokratischen Staates darin, dafür zu sorgen, daß die Verbraucher mehr Möglichkeit erhalten, sich ein Urteil über Preis und Wert der angebotenen Waren zu machen. Wie wichtig dieses Problem ist, zeigt auch die große Rede Kennedys über die Bedeutung des Verbrauchers und der Verbraucheraufklärung. Wir dürfen uns den Blick nichtvernebeln lassen. Hier geht

es um eine wichtige Sache, nicht um lächerliche Dinge für kleine Leute. Demokratie fängt zu Hause an. Wie können wir denn erwarten, daß die Menschen sich um Dinge in der Gemeinde, im Lande und im Bunde kümmern, wenn wir dulden, daß ihnen systematisch abgewöhnt wird, bei ihren eigenen Angelegenheiten zu denken, sich um ihre ureigenen Angelegenheiten zu kümmern?

4. Wirtschaft und Staat

Und nun in diesem Zusammenhang ein paar Worte über das Verhältnis von Wirtschaft und Staat. Ich habe die Probleme dargelegt, die in der modernen Wirtschaft durch Spannungen im Wirtschaftsablauf hervorgerufen werden - das Auf und Ab und durch die Preissteigerungen. Ich habe von den Schwierigkeiten gesprochen, die einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung entgegenstehen, und ich habe schließlich die Tatsache behandelt, daß sich in der Wirtschaft überall Machtgebilde herausbilden, die den Markt beherrschen und die freiheitliche Ordnung gefährden. Unter diesen Umständen ist klar, daß es eine Möglichkeit für den modernen Staat n i c h t gibt, nämlich: die Dinge laufen zu lassen. Die Dinge laufen lassen, den Wettbewerb der Großen, Mittleren und Kleinen ungebunden laufen zu lassen, bedeutet, daß starke Kräfte einen größeren Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung haben als die weniger Starken und daher die wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Sinne einseitig beeinflussen können. Es bedeutet also ungesundes wirtschaftliches Wachstum. Es bedeutet, daß es keine gerechte Verteilung gibt, sondern daß der Trend zu einer ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung verstärkt wird. Es bedeutet, daß es keine freiheitliche Ordnung gibt, sondern eine Ordnung, in der die Starken mit den Schwachen spielen. Professor Hallstein hatte nicht ganz unrecht, als er in Straßburg sagte: "Das freie Spiel der Kräfte bedeutet doch eigentlich das freie Spiel der Mächtigen mit den Ohnmächtigen". D.h.,wir müssen uns bewußt sein, daß der Staat als oberste Gemeinschaft die Verantwortung dafür trägt, daß die Wirtschaft ihre Aufgabe erfüllt, nämlich die materiellen Grundlagen für einen möglichst hohen Stand unseres geistigen und kulturellen Lebens zu schaffen, daß am Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit alle in gerechter Weise beteiligt werden; und daß in der Wirtschaft eine Ordnung besteht, die dem einzelnen die Überzeugung gibt, daß auch er so leben kann, wie man es heute als menschenwürdig ansehen muß.

Der Staat muß wissen, daß die Wirtschaft der wichtigste Bereich unserer Gesellschaft ist. In ihr verbringt der Mensch den größten Teil seines tätigen Lebens. Die Wirtschaft schafft die materiellen Grundlagen für das Leben des Einzelnen ebenso wie für das Gemeinschaftsleben. Was in der Wirtschaft geschieht, formt die Menschen; es ist von entscheidender Bedeutung für das ganze übrige Denken und Fühlen und Handeln der Menschen auch in jenen Bereichen, die das eigentliche menschliche Leben ausmachen, nämlich die Teilnahme an all dem, was Kultur, Zivilisation, Wissenschaft uns bieten. Darum ist das die Gretchenfrage an die demokratische Gesellschaft : wenn das "Laissez-faire", das Laufenlassen der Dinge nicht ausreicht, wenn Predigen, Seelenmassage und Schock- und Schreck therapie sich als unzureichende Mittel der Wirtschaftspolitik erweisen, wenn wir auf der anderen Seite keine kommandierte, dirigierte und regulierte Wirtschaft haben wollen - dann wird die demokratische Gesellschaft nur bestehen, wenn sie Methoden findet, die es erlauben, daß die freien Entscheidungen der verschiedenen Menschen und Kräfte weiterhin möglich sind, daß diese Menschen und Kräfte

aber unter eine gemeinsame Verantwortung gestellt werden.

Es ist eine Lebensfrage der Demokratie, ob es eine Methode gibt, mit der man die freien autonomen gesellschaftlichen Kräfte zu einer freiwilligen Kooperation in gemeinsamer Verantwortung zusammenführt. Das ist die Frage, vor der wir stehen. Aber wenn man die Diskussion in Deutschland verfolgt, so mutet sie geradezu gespenstisch an - insbesondere wenn man weiß, daß diese Frage für andere Länder und Staaten überhaupt keine Frage mehr ist. Fast alle modernen industriellen Staaten haben nämlich brauchbare Instrumente für eine Politik, wie ich sie eben darstellte, entwickelt. Jeder gute Unternehmer macht eine Bilanz,macht Vorausschauen und stellt einen Absatzplan, einen Investitionsplan, einen Produktionsplan auf. Hier handelt es sich nur um einzelne Unternehmen, der Staat dagegen ist für die ganze wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich und muß schließlich auch wissen, was los ist und was er anstellt, wenn er mit den Mitteln der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik in den Ablauf des Wirtschaftsprozesses eingreift. Darum gehören in Frankreich, in den nordischen Staaten, in Großbritannien, in Nordamerika Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, die einen Überblick über die Entwicklung in einem abgelaufenen Zeitraum geben, und sogenannte Nationalbudgets, vorausschauende Wirtschaftsrechnungen, die die Entwicklungstendenzen zeigen, zum selbstverständlichen Instrumentarium der Wirtschaftspolitik. Auf diese Weise kann die Wirtschaftspolitik rechtzeitig feststellen, ob z.B. unglückliche Preisentwicklungen oder eine ungünstige Entwicklung der Investitionen droht. Erst dann kann sie rechtzeitig Maßnahmen ergreifen, um eine gesunde Entwicklung zu sichern. Im Ausland ist das bereits weit entwickelt. Bei uns in Deutschland tut man so, als wenn es hier um eine große weltanschauliche Streitfrage zwischen Kommunismus und freier Wirtschaftsordnung gehe.

Die Analyse einer bestimmten wirtschaftlichen Lage und die Entwicklung von Vorausschauen ist nicht leicht. Man sieht dies zum Beispiel an den regelmäßigen Diagnosen der wirtschaftswissenschaftlichen Institute. Aber hier steht an der Spitze das Bemühen um wissenschaftliche Objektivität. Je mehr Wirtschaftspolitik mitspricht, um so geringer ist die Objektivität. So merkt man den Monatsberichten des Bundeswirtschaftsministers seit längerer Zeit an, wie sehr er sich bemüht, nachzuweisen, daß nicht alles falsch war, was er in seiner Fernsehrede im März 1962 an Alarmrufen ausgestoßen hatte. Noch deutlicher wird der wirtschaftspolitische Zweck bei den Lageberichten des Bundesverbandes der Industrie. Darum haben fast alle anderen Staaten für die Erarbeitung solcher Rechnungen und Vorausschauen Gremien von Sachverständigen von einem hohen Rang berufen, z.B. die Wirtschaftsberater des Präsidenten Kennedy, das Planungskommissariat in Frankreich, das Planbüro in den Niederlanden und ähnliche Institutionen in den nordischen Staaten. Sogar die britische Regierung errichtet jetzt eine Planungskommission. Bei uns dagegen zögert man seit Jahren, sich solcher modernen Instrumente der Wirtschaftspolitik zu bedienen. Bereits 1956 haben wir Sozialdemokraten einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Es kommt allerdings nicht nur darauf an, zu den vielen wissenschaftlichen Gutachten, die wir heute haben, noch ein weiteres hinzuzufügen. Es kommt auch nicht nur darauf an, neben anderen ein Gutachten zu haben, das wegen des hohen Ranges seiner Verfasser besondere Beachtung verlangt. Vor allem möchten wir dem Bundeswirtschaftsminister nicht ein neues Alibi verschaffen, daß er sagen kann, jetzt habe ich also noch ein hervorragendes Gutachten, aber die Leute richten sich eben doch nicht danach - die Verbraucher, die Arbeitnehmer usw. - ; keiner benimmt sich ordentlich, alle schlagen über die Stränge. Dazu brauchen wir kein neues Gutachten. Ein

solches Gutachten von hohem Rang erfüllt seine Aufgabe nur dann, wenn es die Grundlage für wirtschaftspolitisches Handeln wird. Darum enthält unser Gesetzentwurf von 1956 auch die Verpflichtung der Bundesregierung, regelmäßig dem Parlament einen Jahreswirtschaftsbericht vorzulegen. Die Regierung soll gezwungen werden, öffentlich kundzutun, welche Ziele sie mit ihren wirtschafts-, finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen, mit denen sie stündlich und täglich in die Wirtschaft hineinwirkt, verfolgt. Erst durch einen solchen Jahreswirtschaftsbericht wird die Verantwortung dem Parlament gegenüber klargestellt.

Der Jahreswirtschaftsbericht hat aber noch eine andere Bedeutung. Es geht nicht nur darum, daß die Regierung dem Parlament gegenüber auch auf wirtschaftspolitischem Gebiete verantwortlich gemacht wird, sondern es geht auch darum, den Menschen von heute zu zeigen, daß die Demokratie noch nicht so verkalkt und veraltet ist, daß sie keine Ziele mehr zu setzen und keine Aufgaben mehr zu stellen weiß. Wirtschaftspolitik heißt für uns - und das gleiche gilt z.B. für die Bildungspolitik und die Wissenschaftspolitik - Ziele setzen, sagen, welche Ziele angesteuert werden - etwa für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung, oder für benachteiligte Gebiete wie das Emsland,den Bayerischen Wald oder auch die Eifel und den Hunsrück, andererseits für die Einkommensverteilung und die Vermögensbildung usw. usw. Durch eine solche politische Aktivität muß deutlich werden, daß die Demokratie etwas für junge und aktive Menschen und nicht nur für alte verkalkte Leute ist, die den Wahlspruch haben: Hast du was, dann halte das, das Übrige interessiert mich nicht.

Schließlich aber hat auch die freie Wirtschaft einen Anspruch darauf, zu wissen, wohin die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen will, wohin sie zielt. Jedermann weiß, daß der Staat, in dem 40 % etwa des Volkseinkommens über öffentliche Kassen fließen, mit seiner Steuer- und Abgabenpolitik, mit seinen großen Programmen auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft, der Verkehrswirtschaft, der Rüstungswirtschaft usw., mit seiner Wettbewerbsgesetzgebung und mit seiner Kartellpolitik ständig in die Wirtschaft hineinwirkt. Erst wenn die Bundesregierung diese ihre Ziele offen dargelegt und dem Parlament gegenüber solange für die Einhaltung dieser Politik verantwortlich ist, bis sie in gleicher Weise geändert wird, ist die Wirtschaft in der Lage, verantwortungsbewußt zu entscheiden. Denn verantwortlich handeln heißt doch, seine Entscheidungen im Bewußtsein der Konsequenzen, die man mit ihnen heraufbeschwört, zu treffen. So sind die Voraussetzungen für eine wirklich freie Wirtschaft, freie Entscheidungsmöglichkeit, verantwortliche Entscheidungsmöglichkeit in der modernen Wirtschaft nur gegeben, wenn die verantwortliche Bundesregierung dargelegt hat, welche Wirtschaftspolitik sie betreiben wird und daß sie sich an die verkündete Politik gebunden fühlt. Darum ist dieses Instrumentarium der modernen Wirtschaft nicht ein Mittel, um die Wirtschaft zu gängeln; es ist die Voraussetzung, daß die moderne freie Marktwirtschaft wirklich funktionsfähig wird.

5. Die Freiheit des Staatsbürgers

Und nun eine letzte Bemerkung in diesem Zusammenhang. Hier spielt auch die Freiheit des Staatsbürgers eine Rolle. Die Freiheit des Staatsbürgers besteht nicht nur darin, daß er seine Meinung frei äußern kann, sondern auch darin,daß er frei und verantwortlich an der Gestaltung der Gemeinschaft mitwirken kann. Es muß also sichergestellt sein, daß das, was in Wahlen und Abstimmungen ent-

schieden wird, auch wirklich Inhalt des politischen Handelns wird.

Wir haben nun in der modernen Demokratie zwei Dinge zu unterscheiden. Einmal den politischen Willensbildungsprozeß, der täglich und stündlich in der laufenden Auseinandersetzung der verschiedenen Gruppen, Verbände, Vereinigungen, Gewerkschaften, Parteien usw. vor sich geht. Das ist ein ständiger Prozeß der politischen Willensbildung, in dem die Presse, das Fernsehen und der Rundfunk eine besondere Rolle spielen. Und das Zweite ist der Wahl- und Abstimmungsakt selbst, durch den sich die politische Meinung dokumentiert, d.h. als für das Ganze verantwortlich festgestellt wird. Erst diese formelle Feststellung gibt die Legitimation für das politische Handeln der staatlichen Organe. Und es ist entscheidend für die freie Aktionsfähigkeit der Demokratie, daß die großen Gruppen, Verbände usw. besonders in der Wirtschaft so in das gesellschaftliche Leben eingeordnet werden, daß der einzelne sicher sein kann, daß die demokratische Meinungsbildung und die demokratische Entscheidung bei Wahlen auch relevant sind für das, was nachher politisch geschieht. Das ist ein sehr ernstes Problem in der modernen Gesellschaft. In unserem Grundsatzprogramm haben wir dazu ein paar deutliche Worte gesagt:

> "Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.
>
> Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden".

Hier geht es also nicht nur um wirtschaftliche Dinge. Die wirtschaftliche Machtverteilung bestimmt im großen Umfang die politische Machtverteilung. Heute haben mächtige rückständige wirtschaftliche Interessengruppen in der Bundesrepublik einen Einfluß auf Parlament, Regierung und Verwaltung, wie das in keinem anderen Land mit alter demokratischer Tradition möglich wäre. Auf diese Weise kann der demokratische Wille des Volkes in sein Gegenteil verkehrt werden. Die Regierungsbildung nach der letzten Bundestagswahl hat gezeigt, wie eine konservative politische Minderheit des Volkes, die jedoch in der CDU und in der FDP die Mehrheit hat, im Zusammenwirken mit den konservativen Kräften der Wirtschaft den in freien Wahlen zum Ausdruck gekommenen Gesamtwillen mißbrauchen und einer Politik zum Durchbruch verhelfen konnte, die gerade in den Wahlen eine entscheidende Niederlage erlitten hatte. Dabei soll man nicht übersehen: Der Einfluß der Interessengruppen geht haargenau so weit, wie Regierung und Regierungsmehrheit ihnen Einfluß einräumen. Hier zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit, welche Bedeutung der Staat von heute für den Ablauf des gesamten öffentlichen Lebens einschl. des Wirtschaftslebens hat und wie wichtig es ist, wer die Schalthebel des Staates bedient.

III. Haben wir eine wirtschaftspolitische Alternative?

Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, zu zeigen, daß unsere gesellschaftspolitischen Vorstellungen ein geschlossenes Konzept einer freiheitlichen und sozialgerechten Wirtschaftspolitik einschließen.

Die Wirtschaftspolitik dient der Gemeinschaft als Instrument für eine sinnvolle Ordnung des Gemeinschaftslebens in der Wirtschaft. Sie muß dafür sorgen, daß die Wirtschaft die notwendigen materiellen Mittel für einen steigenden Lebensstandard zur Verfügung stellt. Sie hat dafür zu sorgen, daß die Wirtschaft sich stetig und harmonisch entwickelt, so daß es weder Stiefkinder noch Stiefgegenden gibt. Sie muß darauf hinwirken, daß alle in sozial gerechter Weise am Ertrag beteiligt werden. Und letzten Endes muß sie gewährleisten, daß das gesamte wirtschaftliche Leben in allen seinen Verzweigungen und für alle Beteiligten gleiche Chancen zu einer freien Entwicklung gibt. Sie hat schließlich auch ihren Beitrag zu leisten, daß die Wirtschaft sich in einer Weise entwickelt, die der Tatsache Rechnung trägt, daß der Gesamtwille der Gemeinschaft demokratisch bestimmt ist und nicht durch intessierte Machtgruppen unterwandert wird.

Mancher stellt nun die Frage: Inwieweit stellt diese Wirtschaftspolitik eine sozialdemokratische Alternative zu der heute von den herrschenden politischen Kräften betriebenen Wirtschaftspolitik? Das ist sicherlich eine Frage, die berechtigt ist und mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Ihre Beantwortung ist für eine Partei, die stolz ist auf ihre Tradition, die aus ihrer Tradition Kraft schöpft, die aber auch mit Tradition belastet ist, von besonderer Bedeutung. Und sie muß sich umso mehr stellen, je länger ihre Geschichte und je größer der Abstand zwischen ihrem Ursprung und dem Heute ist.

1. Die Alternative in der Demokratie

Aus meinen bisherigen Darlegungen ergeben sich zwei entscheidende Erkenntnisse: Erstens: Der moderne Staat hat eine zentrale Bedeutung. Wer die Macht im Staat erringt, hat nicht nur die Schalthebel für die innere Ordnung des Staatsgefüges in der Hand, er kann das gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben beeinflussen. Ja! Er hat auch die Schalthebel für die Gestaltung der öffentlichen Meinung in der Hand. Dieser Staat hat als oberste Gemeinschaftsordnung die Aufgabe, der Gemeinschaft Ziele zu setzen, und er ist in der Lage, mit seinen Mitteln eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung, eine freiheitliche Ordnung und demokratische Selbstbestimmung zu sichern oder auch zu verhindern. Diese zentrale Stellung des Staates hat zur Folge, daß jede politische Kraft um diesen Staat ringen muß. Wer nicht um dieses Zentrum ringt, verzichtet auf die Realisierung seiner politischen Vorstellungen. Und das Zweite: dieser moderne und wichtige Staat ist ein demokratischer Staat, durch den und in dem der Mensch frei und selbstverantwortlich für eine freie und soziale Ordnung wirken kann. Ich hatte mir erlaubt, das zu Anfang auszuführen. Der Staat hat dafür zu sorgen, daß alle Menschen nicht nur Staatsbürger gleichen Ranges sind mit den gleichen staatsbürgerlichen Rechten, sondern Vollbürger im tieferen Sinne des Wortes; im politischen, im wirtschaftlichen ebenso wie im geistig-kulturellen Leben.

Dieser demokratische Staat ist die Grundlage und der Rahmen für alle Arbeit; es gibt keine andere. Zu ihm bekennen wir uns. Unsere ganze Kraft richten wir darauf, daß die Menschen und die Gruppen und Kräfte, in denen sie wirken, immer stärker in diese demokratische staatliche und gesellschaftliche Ordnung hineinwachsen. Unsere Aufgabe ist die Demokratisierung unseres Lebens auf allen gesellschaftlichen Ebenen, wie Waldemar von Knoeringen auf dem Godesberger Parteitag ausdrückte. Dann aber muß man konsequent sein. Dieser demokratische und soziale Rechtsstaat ist der Staat unseres Grund-

gesetzes. Zu ihm bekennen sich außer den Sozialdemokraten heute mit geringen Ausnahmen alle Parteien. Es ist die gemeinsame Grundlage für die Arbeit aller Parteien, Gruppen, Verbände usw. Wenn es eine solche allgemeine anerkannte gemeinsame Grundlage nicht mehr gibt, brechen Volk und Staat auseinander. Wenn aber der demokratische Staat die von allen anerkannte Grundlage und Ordnungsform ist, dann gibt es eben bestimmte Dinge, über die man nicht streitet. Vor allem sind es zwei Dinge, über deren Anerkennung es in der Bundesrepublik nach dem Grundgesetz keinen Streit geben darf, nämlich einmal die demokratische Staatsform als gemeinsame Grundlage allen staatlichen Handelns und zum anderen den Auftrag des Grundgesetzes, die Bundesrepublik zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat auszugestalten, d.h. ihm über den rein staatlichen Rahmen hinaus eine freiheitliche demokratische Grundordnung zu geben.

Was uns, die Arbeitnehmer wie alle Sozialisten von den anderen unterscheidet, sind nicht die Grundwerte der Demokratie an sich; denn sie bilden das Gemeinsame, auf dem unsere Ordnung stehen muß. Der Unterschied liegt darin, wie man sie realisiert, oder, wie Willi Eichler auf dem Parteitag in Godesberg gesagt hat: "Es sind nicht diese Grundwerte, die uns von unserem Gegner unterscheiden, sondern ihr Ernstnehmen, unser Eintreten für sie und unsere Vorschläge für ihre Verwirklichung." - Und darum kann heute Alternative nicht bedeuten eine andere Stellung zum Staat, zur Wirtschaft und zur Gesellschaft, sondern sie kann nur bedeuten: andere Auffassungen über die praktische Ausgestaltung dieses demokratischen und sozialen Rechtsstaates, wirksame Maßnahmen, um diese innere wirtschaftliche und soziale Ordnung so freiheitlich und so gerecht zu gestalten als nur irgend möglich. Die Zeit ist vorbei, wo die Alternativen schwarz und weiß einander gegenüberstanden, daß man deutlich erkannte, die einen sind die Beherrscher dieses Staates, die anderen sind ausgeschlossen aus dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben, die anderen stehen eben draußen und wollen die Ordnung zerstören, zu der sie nicht gehören. Das ist vorbei! So einfach ist das nicht mehr. Aber es geht auch nicht nur um Nuancen in einer allgemeinen Harmonieduselei. Zwischen dem feindlichen Verhältnis, das den Staat des vergangenen Jahrhunderts und die Arbeiterschaft trennte, und einer allgemeinen Harmonie, die nur durch einige Nuancen aufgelockert ist, gibt es zahlreiche Zwischenstufen. Wenn wir uns darüber streiten, ob § X, Absatz Y des Aktienrechtes geändert werden soll, dann mag es sich im Einzelfall um eine Nuance handeln. Aber alles das, was den Inhalt unseres wirtschaftspolitischen Konzepts ausmacht, hat den Zweck, die Weichen für die wirtschaftliche Entwicklung anders zu stellen. Und darum besteht der Unterschied zu den anderen darin, daß wir in diesem gemeinsamen demokratischen Rechtsstaat mit den Mitteln der Demokratie daran arbeiten, vieles anders und vieles wesentlich besser zu machen, nicht weil wir einen anderen Staat wollen, sondern weil wir es ernst meinen mit der demokratischen Ausgestaltung unseres Gemeinschaftslebens. Und nun lassen Sie mich, um das noch deutlicher zu machen, einige Beispiele anführen.

2. Alternative: Stetiges Wirtschaftswachstum

In unserem Programm verlangen wir einen stetigen Wirtschaftsaufschwung mit Vollbeschäftigung und stabiler Währung.

Zunächst: stetiger Wirtschaftsaufschwung und Vollbeschäftigung. Wir haben Vollbeschäftigung. Es gibt auch keine dynamische Wirtschaft ohne das Auf und Ab der Entwicklung. Aber dieses Auf und Ab

muß in vernünftigen Grenzen gehalten werden. Wir haben seit der Währungsreform mehrfach sehr heftige Beschäftigungsschwankungen in der Wirtschaft erlebt, ohne daß die Regierung versucht hätte, die Entwicklung in normalen Bahnen zu halten. Zuletzt erlebten wir in den Jahren 1959/60 bis zum Frühjahr 1961 eine überschäumende Entwicklung, die wir als Investitionsboom und Überhitzung der Konjunktur bezeichneten. Die Unternehmer standen in dieser Zeit unter dem Eindruck hoher Gewinne und neigten zu einer überoptimistischen Einschätzung der Zukunft. Sie erteilten Aufträge an die Investitionsgüterindustrie, die diese einfach nicht mehr erfüllen konnte. Die überbeschäftigten Industriezweige zogen überall Arbeitskräfte ab. Daraus ergaben sich viele starke Spannungen auf dem Arbeitsmarkt, während gleichzeitig die Preise stiegen. Wir Sozialdemokraten wußten, daß nur eine möglichst gleichmäßige, stetige Entwicklung gesund ist, daß einem hohen Fieber ein entsprechender Rückschlag folgen muß, daß es deshalb Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist, dem ansteigenden Fieber rechtzeitig entgegenzutreten. Wir machten im Herbst 1960 entsprechende Vorschläge, die auch in fortschrittlichen Kreisen der CDU Anklang fanden. Unsere Vorschläge richteten sich allerdings auch auf eine stärkere Besteuerung der damaligen stark überhöhten Gewinne, um damit die Neigung zu Investitionen zu bremsen. Damals konnte allerdings Herr Berg, der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, vor der Presse erklären, daß er nur zum Bundeskanzler zu gehen brauche, dann würden alle Pläne, die ihm nicht gefallen, vom Tisch gefegt. Und sie wurden vom Tisch gefegt. Hier wurde die wirtschaftspolitische Alternative der Sozialdemokratie zu der von Interessentenkreisen bestimmten Wirtschaftspolitik der CDU sehr deutlich. Hier ging es nicht um Nuancen, sondern um die richtige Weichenstellung für die weitere Entwicklung.

Es kam, wie es kommen mußte; der Rückschlag erfolgte im Jahre 1961, und auch das Jahr 1962 zeigte noch gewisse Schwächeerscheinungen. Besonders betroffen waren die Stahlindustrie, der Schiffbau, die Textilindustrie und vor allem der Kohle- und der Eisenerzbergbau. Die Sozialdemokraten verlangten nunmehr Maßnahmen, um diesen Industriezweigen die Überwindung der Schwächeperioden zu erleichtern; die Bundesregierung aber konnte sich zu einer aktiven Wirtschaftspolitik nicht aufraffen. Auch hier war die Alternative der SPD deutlich erkennbar. Die Aktivität des Bundeswirtschaftsministers aber bestand einzig in dem Versuch, im März 1962 in einer großen Fernseh- und Rundfunkrede den Gewerkschaften den Schwarzen Peter zuzuschieben. Er malte sogar das Gespenst von Betriebsstillegungen und den Verlust von Arbeitsplätzen an die Wand. Die Sozialdemokratie hat sich sofort - ebenfalls über Fernsehen und Rundfunk - mit aller Macht gegen diese für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung gefährlichen Tendenzen gewandt. Heute weiß man, daß die Alarmreden von Professor Erhard völlig unberechtigt waren. Es wäre besser gewesen zu helfen, die Schwächepunkte in der Wirtschaft zu bereinigen und durch eine ruhige und objektive Unterrichtung der Öffentlichkeit den Wiederaufschwung anzubahnen. Auch hier die Alternative: die CDU-Regierung tat nichts, aber sie versuchte, die Gewerkschaften als die Schuldigen zu diffamieren und damit deren Position in der öffentlichen Meinung zu schwächen; die Sozialdemokratie tat alles, um in der Öffentlichkeit eine sachlich fundierte gerechte Beurteilung der Lage herbeizuführen, um so alle Kräfte für den Wiederaufschwung zu mobilisieren.

Zweitens: die Preispolitik. Seit der Währungsreform steigen die Preise für die allgemeine Lebenshaltung jährlich in Deutschland um 2 1/2 bis 3 %. D.h.: Für den Verbraucher ist die D-Mark nur noch

Archiv der sozialen Demokratie * Bibliothek * Bonn

etwa 75 % von dem wert, was sie im Jahre 1950 wert war. Diese ständige Aushöhlung trifft in erster Linie den kleinen Sparer, der sein Geld zur Sparkasse trägt. Aber sie trifft auch die Bezieher fester Einkommen, also die Lohn- und Gehaltsempfänger. Vor allem wird die Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften erschwert. Es klingt so überzeugend: Wenn die Produktivität der Wirtschaft nur um 5 % steigt und die Arbeiter erhalten 8 % Lohnerhöhung, dann muß das zu Preissteigerungen führen. Aber ebenso richtig ist: Wenn die Produktivität der Wirtschaft um 5 % und die Preise um 4 % steigen, dann erhalten die Arbeitnehmer mit 8 % neben ihrem Anteil an der Leistungssteigerung der Wirtschaft keinen vollen Ausgleich für die laufenden Preissteigerungen. Und Tatsache ist: Wenn einmal die Spirale Preise-Löhne-Preise usw. in Gang gesetzt ist, dann treiben sich Preise und Löhne gegenseitig immer weiter in die Höhe. Dann ist es furchtbar interessant, wer daran schuld gewesen ist, die Unternehmer mit den Preiserhöhungen, oder die Gewerkschaften mit den Lohnerhöhungen. Bei einem Produktivitätszuwachs von 4 % und einer Preissteigerung von 4 % z.B. müssen die Löhne mindestens um 8 % steigen. Auf der anderen Seite läßt sich nicht leugnen, daß 8 % Lohnsteigerung bei 4 % Produktivitätszuwachs insbesondere in lohnintensiven Betrieben zu Preissteigerungen führen müssen. Arbeitnehmer und Sparer haben daher ein großes Interesse daran, die Preissteigerungen zum Stehen zu bringen und ein stabiles Preisniveau zu sichern. Niemand spricht mehr über stabile Preise als der Bundeswirtschaftsminister. Aber was wird getan? Das ist doch die Frage, die man an die Wirtschaftspolitik stellen muß.

Einer der entscheidenden Gründe für die Preissteigerungen der letzten Jahre war der hohe Ausfuhrüberschuß, den wir gehabt haben. Jährlich wurden 4 bis 6 Milliarden DM an Gütern mehr ausgeführt als eingeführt. Eine solche Entwicklung mußte zu Preissteigerungen führen. Dieser hohe Ausfuhrüberschuß, den wir alle jahrelang, einschließlich des Bundeswirtschaftsministers, als ein großes Übel beklagt haben, geht jetzt auf ein normales Maß zurück. Und es zeigen sich seit Beginn des Jahres auch Ansätze zu einer Stabilisierung der Preise. Ganz abgesehen davon, daß auch das Preisniveau in der Agrarwirtschaft in den letzten Monaten wegen der guten Ernte des letzten Jahres eine gewisse Tendenz zur Beruhigung zeigte. Während sich die Spirale dreht, ist es sehr schwer, zur Preisstabilisierung zu kommen. Wenn sich aber in der Wirtschaft Tendenzen zu einer gewissen Stabilität zeigen, dann ist es die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, Maßnahmen zu ergreifen, um den sich anbahnenden Stabilisierungsprozeß zu sichern. Die Wirtschaftspolitik hat hier also eine große Chance. Jetzt ist Zeit für eine aktive Preispolitik. Wir haben unsere Vorschläge gemacht: schärfere Kartell- und Monopolkontrolle, Errichtung einer Monopolkommission, Schaffung eines Verbraucher- und Preisrats, Druck auf die Preise durch eine stabilisierende Preispolitik der öffentlichen Unternehmen. Aber was geschieht? Keine von diesen Maßnahmen wird angriffen. Stattdessen betreibt die Bundesrepublik ausgerechnet in dieser Lage dort, wo sie zu bestimmen hat, eine Politik der Preissteigerungen; Bahntarife, Postgebühren, Mieten usw. Auch hier ist deutlich, daß die Sozialdemokratie eine Alternative zu bieten hat.

Das dritte Kapitel: Regionalpolitik. Wir haben in der Bundesrepublik Gebiete mit einem guten Wirtschaftswachstum, - z.B. die Industriegebiete um Frankfurt und Mannheim-Ludwigshafen. Wir haben notleidende Gebiete - z.B. die Zonenrandgebiete, den Bayerischen Wald sowie Eifel und Hunsrück. Und wir haben blühende Wirtschaftsgebiete, deren Entwicklung langsam aber beharrlich nachläßt. Dazu gehören das Nordische Küstengebiet und das engere

Ruhrgebiet. Aber nichts Ernsthaftes geschieht, damit die zurückgebliebenen Gebiete Anschluß an die allgemeine Entwicklung finden und die zurückbleibenden wieder gestärkt werden. Zunächst kommt es darauf an, einmal genauer zu untersuchen, was in den verschiedenen Gebieten eigentlich vorgeht und welches die Ursachen sind. Darum haben wir auf unserem letzten Parteitag einen Vorstoß unternommen und gesagt: Verschafft euch doch endlich einmal einen Überblick über die soziale Lage in den verschiedenen Gegenden Deutschlands und in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen, bei den verschiedenen Beteiligten an der Wirtschaft, bei Arbeitern, Angestellten, Unternehmern, in den Familien usw. Faßt das Ergebnis alle zwei Jahre in einem Sozialbericht zusammen, der dem Parlament und der Öffentlichkeit vorgelegt wird. Dann hat man eine Grundlage für eine aktive Regionalpolitik, wie sie z.B. in Hessen vorbildlich durch eine sozialdemokratische Regierung durchgeführt wird. Dagegen stellen wir in den Zonengrenzgebieten fest, daß die jungen Menschen abwandern, daß die wirtschaftliche Entwicklung zurückbleibt, daß die Bevölkerung vergreist. Hier versagt die Bundesregierung vor einer großen nationalpolitischen Aufgabe. Denn wir wünschen den Sozialbericht nicht, um einen neuen Bericht in das Archiv stellen zu können, sondern um die Grundlage für eine aktive Regionalpolitik zu schaffen. Auch hier ist die Alternative deutlich. Entweder packt man die Dinge im Bewußtsein der Verantwortung, die die Wirtschaftspolitik hat, an oder man läßt die Dinge laufen mit dem Ergebnis, daß weite Bereiche Deutschlands und große Schichten der Bevölkerung nicht angemessen an dem Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit beteiligt werden.

3. Alternative: Gerechtere Einkommensverteilung

Seit der Währungsreform ist die Gewinn- und Vermögensbildung in den Unternehmen der Wirtschaft durch die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik systematisch gefördert worden. Ich will jetzt nicht untersuchen, ob und in welchem Umfange das notwendig war, um den Wiederaufbau der Wirtschaft zu sichern. Heute jedenfalls besteht diese Notwendigkeit nicht. Heute besteht die Aufgabe, eine Einkommenspolitik zu betreiben, die insbesondere die Lage der Bezieher niedriger Einkommen wesentlich bessert und auch diesen wenigstens eine gewisse Vermögensbildung zu ermöglichen. Man sage nicht, daß das nicht gehe. Genau so, wie es durch die Finanzpolitik, durch die Steuerpolitik und alles, was die Regierung in den letzten 13 Jahren tat, möglich war, die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen ständig und nachhaltig zu fördern, genau so ist es möglich, durch eine andere Politik die Stellung der Arbeitnehmer zu verstärken. Das ist nicht nur eine Aufgabe der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Ich will damit die Bedeutung der Lohnpolitik nicht verkleinern, aber die Lohnpolitik kann nur dann zu einer wesentlichen Verbesserung der Einkommensverteilung führen, wenn die Daten der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend günstig liegen - wie in den Jahren 1961 und 1962 - oder aber durch eine zielbewußte Wirtschaftspolitik von denen, die die wirtschaftspolitischen Kommandostellen besetzt halten, entsprechend beeinflußt werden. Aber nichts dergleichen geschieht in Deutschland. Im Gegenteil: Nachdem es den Gewerkschaften in den Jahren 1961 und 1962 gelungen war, den Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen etwas zu erhöhen, tut die Bundesregierung heute alles - insbesondere durch eine entsprechende Beeinflussung der öffentlichen Meinung - um diesen sozialen Fortschritt wieder rückgängig zu machen. Hinzu kommen andere Verschlechterungen des sozialen Status der Arbeitnehmer. Eine Mietpreiserhöhung ohne eine entsprechende Lohnrunde ist eine

Verschlechterung des sozialen Status der Arbeitnehmer. In den meisten anderen Ländern, in denen man eine Angleichung der Mieten für nötig hält, gibt es vorher Vereinbarungen mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften, daß dafür ein Ausgleich in einer Lohnrunde gegeben werden muß. Bei uns gibt es das nicht. Auch die von Blank geplante Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung ist eine Maßnahme, die die Einkommenslage und damit den sozialen Status der Arbeitnehmer um einige hundert Millionen DM verschlechtert. Hier geht es also um handfeste Wirtschaftspolitik. Und die Alternative für die Sozialdemokratie ist für jeden, der sehen will, deutlich.

4. Alternative: Freiheit in der Wirtschaft - für alle

Hier geht es insbesondere um die Stellung der mächtigen Großunternehmen in der Wirtschaft. Nirgends finden wir glänzendere Worte über den freien Wettbewerb als das Fundament der freien Wirtschaft; nirgends finden wir ein lauteres Bekenntnis zu den Selbständigen, die gewissermaßen als das Salz der Erde in der modernen Wirtschaft angepriesen werden; nirgends finden wir größere Klagen über den Machtmißbrauch der Großen in der Wirtschaft als bei der CDU und ihren Repräsentanten. Die Frage aber ist, ob diese Deklamationen ernst gemeint sind und ob wirklich Konsequenzen gezogen werden. Tatbestand ist jedenfalls heute, daß wir kein Gesetz haben, das den Wettbewerb dort, wo er möglich wäre, wirklich fördert; daß wir keine Mittelschichtenpolitik haben, die die Leistungsfähigkeit der Selbständigen durch entsprechende Einrichtungen, z.B. zur Förderung ihrer Organisation, ihres Bildungsstandes, ihrer Arbeitsmethoden, steigert; daß unsere Steuer- und andere Gesetze die Kooperation, die Zusammenarbeit der Selbständigen in Arbeitsgemeinschaften, in Ketten, erschweren; daß die öffentlichen Unternehmen des Bundes, die wie Hechte im Karpfenteich wirken und wirklich für Wettbewerb mit den Großen sorgen könnten, durch Privatisierung aus der Hand gegeben werden ; daß über die Beseitigung der großen Lücken in unserem Kartellgesetz zwar geredet, aber nichts getan wird, um sie zu schließen. Nirgends stehen Worte und Taten der Bundesregierung und ihrer Regierungsmehrheit so im Gegensatz zueinander wie hier. Wir müssen die wortgewaltigen Kämpfer für die Freiheit in der Wirtschaft immer wieder fragen: sind auch dies nur leere Deklamationen oder gibt es entscheidende wirtschaftspolitische Maßnahmen, die den Grundsatz der Freiheit bei uns in der Wirtschaft auch realisieren. Was nützt die Klage über den Machtmißbrauch in der Wirtschaft und die Attacke des Bundeswirtschaftsministers gegen Herrn Nordhoff, wenn man nicht bereit ist, Konsequenzen zu ziehen. Was nützen die großen Worte gegen die Preisbindung zweiter Hand, wenn nichts geschieht. Was nützen Denkschriften über die Notwendigkeit einer Verbesserung der Kartellkontrolle, wenn diese Verbesserung nicht kommt.

Nirgends ist die Alternative der Sozialdemokratie einfacher und klarer. Sie lautet schlicht: Handeln statt Reden.

Zur Freiheit in der Wirtschaft gehört auch die Freiheit der Arbeitnehmer. Der Kampf geht auch heute noch um die Verbesserung der sozialen Sicherung. Gerade jetzt erleben wir heftige Auseinandersetzungen um das sog. Sozialpaket. Aber im Grunde genommen handelt es sich dabei nur noch um die Beseitigung gewisser Ungerechtigkeiten und um die ständige Anpassung an die fortschreitende Entwicklung. Das gilt insbesondere für die Forderung nach einer modernen Gesundheitspolitik. Im Grunde genommen ist unser System

einer sozialen Sicherung zu einem selbstverständlichen Bestandteil unserer sozialen Ordnung geworden, der in seinen Grundlagen nicht bestritten ist. Aber soziale Sicherung ist für uns die Voraussetzung für ein freies Menschenleben. Zum freien Menschen gehören auch Mitbestimmung in der Wirtschaft, damit der Mensch vom Wirtschaftsuntertan zum Wirtschaftsbürger werde, und gleiche Entwicklungs- und Lebenschancen für alle. Ich habe bereits auf die Bedeutung der Mitbestimmung hingewiesen, sowohl in der Großwirtschaft, wo sie Bestandteil einer modernen Unternehmensverfassung ist, als auch in der übrigen Wirtschaft, wo wir uns m.E. noch um wirksamere Formen der Mitwirkung bemühen müssen. Eigentlich dürfte es keinen Streit darüber geben, daß die Demokratisierung unseres Lebens auch voraussetzt, daß der Mensch dort, wo er den größten Teil seines Lebens verbringt, nämlich in der Arbeit, im Betrieb, im Unternehmen - als mitverantwortlicher Mensch behandelt wird. Selbst der Bundesjustizminister, der den Einbau des Mitbestimmungsgesetzes für Kohle und Stahl in das Aktienrecht ablehnte, mußte wenigstens verbal anerkennen, daß die Mitbestimmung für Kohle und Stahl inzwischen zu einem wesentlichen Bestandteil der Unternehmensverfassung geworden ist. Um so deutlicher wird, daß der heftige Widerstand, der von allen rückständigen Kräften in der Wirtschaft und in den politischen Parteien gegen die Fortentwicklung der Mitbestimmung geleistet wird, nur dem Ziele dient, im Interesse der eigenen Machtstellung und ihrer Konservierung den geschichtlichen Fortschritt so lange aufzuhalten als nur irgend möglich. Auch hier ist die Alternative klar!

Das zweite grundlegende Problem unserer Tage ist: Wie sichern wir den Aufstieg der jungen Arbeitnehmer? Wie sichern wir , daß sie gleiche Chancen zur Entfaltung aller ihrer Anlagen und Fähigkeiten erhalten. Das ist die Frage einer grundlegenden Reform unseres gesamten Bildungswesens. Wir haben diese Frage auch in unserem Grundsatzprogramm angepackt. Es ist etwas Interessantes an diesem Grundsatzprogramm. Früher standen die sozialen Fragen im Vordergrunde der Programmeder Sozialdemokratie, dann kamen wichtige wirtschaftspolitische Fragen hinzu. Heute sind wirtschaftliche und soziale Fragen in einem Kapitel zusammengefaßt "Wirtschafts- und Sozialordnung". Und es gibt ein neues Kapitel, das größer ist als alle anderen Kapitel, das heißt: "Das kulturelle Leben". Damit wird deutlich gemacht: die moderne Aufgabe von heute lautet: Allen Menschen die Entfaltung ihrer geistigen Kräfte zu ermöglichen. Jeder kennt die Aktionen, die wir in den vergangenen Jahren gerade auf diesem Gebiete durchgeführt haben. Lassen sie mich dazu ein paar Zahlen sagen. Wir kennen Statistiken, wieviel von den Menschen zwischen 14 und 25 Jahren in einer vollen Ausbildung stehen. In den USA 70 %, in Großbritannien 60 %, bei uns in der Bundesrepublik 42 %. Schlechter sind die Verhältnisse nur in der Türkei, in Jugoslawien und in Spanien. Das besagt alles. Dann haben wir eine Statistik darüber, wieviel Prozent der Studenten Arbeiterkinder sind, und sicher ist die Abgrenzung, was Arbeiter ist, ein bißchen schwierig, und ich würde es nicht auf ein Prozent abstellen. Aber in Großbritannien sind es 35 % und dort gibt es eine große Diskussion über diese soziale Ungerechtigkeit, weil man weiß, daß etwa 60 % der Bevölkerung Arbeiter sind - bei uns in der Bundesrepublik nur 5 %.

Das liegt ja nicht daran, daß bei uns die Arbeitersöhne unbegabter sind als in anderen Ländern, sondern das liegt daran, daß irgend etwas in unserem Erziehungswesen nicht in Ordnung ist. Das hat nicht nur mit freiem Schulgeld oder mit freien Lehrmitteln zu tun. Hier stimmt die ganze Ordnung des Bildungswesens nicht. Heute ist

es doch so, daß für die meisten Kinder die Entscheidung, welchen Weg sie einschlagen, ob sie zur Normalschule gehen oder ob sie zur höheren Schule gehen, fällt, wenn sie die Grundschule nach vier Jahren verlassen. Und diese Entscheidung fällt traditionell. Akademiker, höhere Beamte oder höhere und mittlere Angestellte schicken ihre Söhne zur höheren Schule - das gehört zu ihrem Sozialprestige; Arbeiterfamilien schicken ihre Kinder in traditioneller Weise zur Normalschule. Das liegt nicht daran, daß die Menschen nicht wollen, daß mehr auf diesem Gebiete geschieht, sondern daran, daß die ganze Ordnung unseres Bildungswesens so angelegt ist, daß die Entscheidungen in aller Regel so fallen. Denn nach 4 Jahren Grundschule sind die Anlagen und Fähigkeiten eines Kindes sicherlich zu erkennen. Und alles das, was über den zweiten Bildungsweg, über Fachschulen und ähnliche Dinge geschieht, ist eben doch nur ein Tröpfchen auf den heißen Stein. Eine angemessene Lösung dieses Bildungsproblems entscheidet über die zukünftige Gestalt unserer Gesellschaft. Das zeigt sich sehr deutlich, wenn man sich einmal ansieht, wer die führenden Positionen im staatlichen ebenso wie im wirtschaftlichen Leben besitzt. Ich spreche nicht von denen, die politische Stellungen haben, wo es also über die politische Laufbahn geht, sondern von den leitenden Stellen in der staatlichen Verwaltung, im Wirtschaftsleben usw. Ich glaube, es ist nicht falsch, wenn festgestellt worden ist, daß der Nachwuchs für alle diese gesellschaftlich entscheidenden Stellen aus einer ganz, ganz schmalen Schicht stammt, zu der allenfalls noch die mittleren Beamtengruppen gehören. Die anderen haben es schwer, in diese führende Schicht einzudringen. Hier ist die Alternative deutlich. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat wiederholt ein Ausbildungsförderungsgesetz verlangt. Aber es geschieht nichts. Der Bundestag hat zwar im Jahre 1959 unsere Forderung nach einem Gesetzentwurf, der das Ausbildungsförderungswesen regelt, einstimmig angenommen. Aber nach drei Jahren lag der Gesetzentwurf noch nicht vor. Wir haben daher einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht. Hier geht es nicht um unwichtige Nuancen. Hier geht es darum, wie die gesellschaftliche Führungsschicht von morgen zusammengesetzt ist. Hier geht es um eine Frage der Neugestaltung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Hier werden die entscheidenden Weichen gestellt. Hier wird die Bedeutung der sozialdemokratischen Alternative besonders klar.

5. Der Weg - der Kampf um die Macht im Staat

Ich könnte diese Liste fortsetzen. Ich will mich aber auf diese Beispiele beschränken. Ich wollte damit deutlich machen, hier wird nicht von anderen etwas übernommen, sondern hier haben wir von unserem Ursprung in stetiger, gewissenhafter Auseinandersetzung mit veränderten Verhältnissen und neuen Erkenntnissen eine geschlossene wirtschaftspolitische Vorstellung entwickelt, die auf denGrundwerten des Sozialismus beruht und zugleich eine Antwort auf die Fragen von heute und morgen gibt. Wir haben außerdem begriffen, daß Wirtschaft und Gesellschaft heute vielschichtige Gebilde sind, die sich in ständiger Entwicklung befinden. Ihre Probleme lassen sich nicht durch einmalige spektakuläre Maßnahmen lösen. In einer komplizierten Wirtschaft kommt es darauf an, durch systematisch aufeinander abgestimmte Maßnahmen die Weichen für die zukünftige Entwicklung richtig zu stellen und gegenläufige Entwicklungen auszuschalten.

Eine entscheidende Rolle kommt heute der staatlichen Wirtschaftspolitik zu. Es gibt heute sicherlich keine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft ohne oder gar gegen die breiten gesellschaftlichen Kräfte. Und das Wort von Lassalle ist immer noch richtig, daß die Machtstruktur der Gesellschaft wichtiger ist als die formale Ordnung des Staates. Mehr als durch das Grundgesetz wird die demokratische Ordnung der Bundesrepublik dadurch gesichert, daß die breiten - früher ausgeschlossenen - Schichten des deutschen Volkes in breiter Front über die politischen Parteien, über die Gewerkschaften, über andere Organisationen, als Träger des Demokratisierungsprozesses immer stärker in die Wirtschaft, in das gesamte gesellschaftliche Leben hineingewachsen sind. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß die staatliche Organisation - Parlament, Regierung und Verwaltung - heute eine geradezu zentrale Bedeutung für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft hat.Und in den letzten 13 Jahren hatten wir eine einmalige Situation. Die konservativen Kräfte im politischen Leben und die rückständigen Kräfte im Wirtschaftsleben fanden sich zu einem Zusammenspiel, das alle progressiven Kräfte - auch die in der CDU und der FDP - überspielte und zur Erfolglosigkeit verurteilte. Diese konservative Konstellation führte auch dazu, daß viele fortschrittliche progressive Kräfte in der Wirtschaft nicht zur Geltung kommen konnten. So hatten wir eine einmalige konservative Konstellation, die im Widerspruch zur gesellschaftlichen Struktur und zur geschichtlichen Entwicklung stand und sich sogar gegenüber einer so eindeutigen Absage, wie sie die Bundestagswahlen für die CDU/CSU darstellte, behaupten konnte. Die Besonderheit dieser einmaligen Nachkriegskonstellation wirkte sich dahin aus, daß die konservativen Kräfte in der Politik die konservativen Kräfte in der Wirtschaft durch wirtschafts-, finanz- und steuerpolitische Hilfen stärkten, im übrigen dort, wo es zum Schutz der Gesamtheit gegenüber mächtigen Interessentengruppen notwendig gewesen wäre, auf jede staatliche Aktivität verzichtet; öffentliche Unternehmungen, die dem Staat als wirtschaftspolitische Instrumente dienen sollten, wurden ausverkauft, andere Wirtschaftsinstrumente, wie die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Vorausschauen wurden nicht entwickelt, so wurde den übermächtigen, stetig geförderten konservativen Kräften der Wirtschaft freie Bahn gegeben, die wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Interesse zu steuern und die öffentliche politische Meinungsbildung massiv in gleichem Sinne zu beeinflussen, ja sogar unmittelbar Einfluß auf Parlament, Regierung und Verwaltung zu nehmen. Die Folgen einer solchen Politik haben wir beim Zustandekommen des Kartellgesetzes, bei der Intervention des Herrn Berg gegen eine aktive Konjunkturpolitik im Herbst 1960 gesehen; wir erleben sie laufend in der Agrarpolitik. Und vieles von dem, was hier geschieht, bleibt unsichtbar.

Darum muß jede politische Partei, die die politischen Weichen neu stellen will, um die Kommandostellen des Staates, hier also um die wirtschaftspolitischen Kommandostellen kämpfen. Ohne ihre aktive Tätigkeit kann die gesellschaftliche Machtstruktur, heute also das herrschende konservative Übergewicht, nicht beseitigt werden. Eine wirkliche Veränderung unserer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach den Vorstellungen, die wir in unserem Godesberger Programm niedergelegt haben, können wir nur erreichen, wenn wir die Macht im Staate gewinnen und damit die Schalthebel der Politik in die Hand bekommen.

Die wichtigste, ja entscheidende Alternative ist daher - eine neue, fortschrittliche, aktive Regierung für die Bundesrepublik.